

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 46.

Sonnabend, den 18. November 1911.

15. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Zur Reichstagswahl. I. — Parasiten. — Wichtige gesetzliche Bestimmungen. I. — Was ist praktische Agitation? — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Die Tarifvorlage für die Oberlausitz abgelehnt. — Treu und Glauben! — Feuer und Notstand. I. — „Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen.“ — Die katholischen Arbeiterorganisationen in Italien. — Zur Beachtung! — Literarisches. — Feuilleton: Heinrich von Kleist.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert sind:** Rembach: Firma Seubert. — Löwenberg (Schles.): Firma Ende. — Gera: Granitwerk Rorb & Töpelmann. — Strehlen: Pflastersteinwerk Schall. — Berlin: Kunststeinbearbeitungsgeschäft Jüngers & Schille. — Witten: Firma Ränneburger & Franzen. — Erfurt: Kunststeinfabrik in der Radowitzstraße. — Osterwald-Mehle: Firma Meine & Illemann.

**Neusorg (Oberpfalz).** Die Differenzen bei der Aktien-Gesellschaft Wunsiedel sind durch Schiedspruch erledigt. Die Arbeit wurde am 13. November wieder aufgenommen. Damit sind auch die Differenzen in Selb erledigt, wo Arbeit aus Neusorg angefertigt werden sollte, was von unseren Mitgliedern verweigert wurde.

**Ramenz (Lausitz).** Im Weilandischen Schotterwerk soll den Arbeitern per Kubikmeter ein Abzug von 20 Pfg. gemacht werden. Das nennt man Arbeiterfreundlichkeit.

**Alsbach a. S.** Wegen Lohnreduzierung wurde die Arbeit bei der Firma Schiller & Röde eingestellt. Es sind 25 Kollegen beteiligt.

**Demitz-Thumitz (Lausitz).** In einer Massenversammlung zu Demitz wurde am 13. November die Tarifvorlage wegen des § 14 der allgemeinen Bestimmungen abgelehnt. Die Unternehmer wollen die Prozentzuschläge nicht mehr bezahlen. Desgleichen sollen auch die Vergünstigungen wegen der Schmiedeschärfe, welche teilweise gewährt wurden, in Wegfall kommen. Die Anwesenden waren über das Verlangen der Unternehmer aufs äußerste empört. Die Kollegen sehen den Maßnahmen der Unternehmer mit großer Ruhe entgegen.

**Birkenfeld bei Pforzheim.** Die Kollegen legten bei der Firma Gebr. Denzinger die Arbeit nieder. Die Ursache war Festsetzung von Akkordpreisen, die eine erhebliche Reduzierung der bisherigen Löhne darstellen.

**Oesterreich.** Gesperert sind: Kottes, Mühlhof, Böhla, Friedeberg, Klein-Roske, Rotwasser, Sehdorf, Schwarzwasser und Smilowitz.

**Schweiz.** Gesperert sind: Basel: Firma Hermann. — St. Margrethen: Sämtliche Betriebe. — Es wird uns gemeldet, daß sich wiederum Streikbrecheragenten in der Rheinpfalz aufhalten. In Lauterbach wurden mehrere Arbeitswillige angeworben. Wir warnen vor diesen Agenten in eindringlicher Weise.

**Ungarn.** Gesperert sind: Temesvár, Agram, Pecs und Ztume.

## Zur Reichstagswahl.

I.

Am 12. Januar 1912 wird das deutsche Volk an die Wahlurne treten, um einen neuen Reichstag zu wählen. Der jetzige Reichstag liegt im Sterben, nur wenige Tage noch werden es sein, und dann hat sein Dasein ein Ende. — Die Arbeitermassen warten mit großer Leidenschaft auf den Tag der Abrechnung, um dem schwarz-blauen Bloß eine ordentliche Niederlage beibringen zu können.

Es braucht den Arbeitern, die nur ein wenig die politischen Ereignisse verfolgen, nicht erst noch nachgewiesen zu werden, daß auf keine einzige der bürgerlichen Parteien Verlaß ist, sobald Arbeiterfragen in Betracht kommen. Die Konservativen geben sich nicht einmal große Mühe, als Arbeiterfreunde dazustehen. In ihren Wahlreden beschränken sie sich auf die Versicherung, auch sie hätten für die Arbeiter ein warmes Herz. Wie das warme Herz aussteht, hat der Arbeiter aus dem Zuchthausgesetz, dem Zollwucher, der Finanzreform, der Reichsverfassungsordnung und ungezählten andern gesetzgeberischen Taten dieser Partei kennen gelernt. — Den Konservativen sind die Freikonservativen, die sich auch Reichspartei nennen, so verwandt, daß sie stets geschlossen mit ihnen stimmen, wenn es sich darum handelt, eine neue Teufe ei gegen die Arbeiter auszuheben. — Nicht um ein Haar besser ist das Zentrum, dem leider noch immer Tausende von Stimmen katholischer Arbeiter zufließen. An Verlogenheit und Scheinheiligkeit übertrifft das Zentrum die Konservativen noch erheblich. Letztere

machen kein Hehl daraus, daß sie den Arbeiter als Menschen niedriger Art betrachten und behandeln. Das Zentrum dagegen schwindelt das Blaue vom Himmel herunter, stellt arbeiterfreundliche Anträge, um damit bei Wahlen zu prunken, zieht sie aber zurück oder verschlechtert sie oder verhindert ihre Beratung, wenn es Ernst werden soll. Es gibt keine verlogener, keine heimtückischer, keine verräterischer Partei als das Zentrum. Ein Arbeiter müßte blind und taub sein, der noch für das Zentrum stimmen wollte. — Die Nationalliberalen sind keine einheitliche Partei mehr. Die eine Hälfte ist ausgesprochen konservativ geworden, die andre freisinnig. Das im Bergbau und in der Eisenindustrie tätige mobile Kapital nennt sich zwar nationalliberal, ist aber konservativ. Das im Handel tätige mobile Kapital, das im Hansabund seine Verkörperung findet, nennt sich zwar auch nationalliberal, neigt jedoch aus Interessengegenwart zu den Agrariern stark zum Linkliberalismus, zum Freisinn. Die nächsten Wahlen können leicht zu einer Auflösung der nationalliberalen Partei führen, deren einer Flügel dann die Agrarkonservativen verstärken würde, während der linke Flügel Anschluß beim Freisinn sucht. In ihrem parlamentarischen Auftreten sind die Nationalliberalen unberechenbar. Die Spottnamen „Fraktion Drehscheibe“ oder „Fraktion Wetterfahne“ sind von ihnen redlich verdient worden. Es ist ihnen ein leichtes, bei der ersten und zweiten Lesung eines Gesetzes für dasselbe zu stimmen und dann bei der dritten Lesung mit dem berühmten „blutenden Herzen“ umzufallen. Ebenso oft ist es vorgekommen, daß sie in den ersten beiden Lesungen gegen ein Gesetz gestimmt haben, dann aber bei der letzten Lesung durch ihre Stimmen dem arbeiterfeindlichen Gesetze zur Annahme verhelfen. Sie sind politisch charakterlos. Weniger aus Bosheit, die sich beim Zentrum stark ausgeprägt findet, als vielmehr aus politischer Grundlosigkeit und kapitalistischer Profitgier haben die Nationalliberalen den Arbeitern schon tiefe Wunden schlagen helfen. Auch sie können bei den Hauptwahlen für die Arbeiter nicht in Betracht kommen. Und ob ihnen bei Stichwahlen mit Agrariern oder dem Zentrum unsere Stimmen zusprechen dürfen, wird davon abhängig sein, ob ihre zur Stichwahl stehenden Kandidaten in bündigster Form erklären, daß sie unsere Mindestforderungen, die in Jena aufgestellt worden sind, anerkennen.

Bleibt noch der Freisinn übrig. Was der Arbeiter von dieser Partei, der einst so ehrliche Demokraten wie Waldeck und Ziegler angehörten, zu halten hat, weiß er. Ihre Vertreter betonen am lautesten, daß sie die wahren Arbeiterfreunde seien. Dabei ist ihre Parteigeschichte von Anfang bis Ende besetzt mit den schmutzigsten Verrätereien gegen die Arbeiter. Sie denken kapitalistisch und handeln dementsprechend. Ihre Arbeiterfreundschaft ist eine Seifenblase. Rührt man daran, so zerspringt sie, und man hat nur noch ein Schaumklümpchen in der Hand. Auch sie sind bei den Wahlen aufs energischste zu bekämpfen. Sie werden nur dann möglichst wenig Schaden im Parlament anrichten, wenn sie neben sich eine starke sozialdemokratische Fraktion wissen, von der ihr Sein oder Nichtsein abhängt. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß das Stichwahltableau diese Situation erzeugt.

Sind bei der vorstehenden kurzen Skizzierung der bürgerlichen Parteien die Antisemiten, Reformen, Deutschsozialen und Christlichsozialen unbeachtet geblieben, so deshalb, weil diese Karikaturen von Parteien für die Arbeiter längst nicht mehr in Frage kommen. Also keine bürgerliche Partei gibt dem Arbeiter die Gewähr, daß sie ihr parlamentarisches Mandat, wenn der Arbeiter es ihr verschafft, zur Vertretung seiner Interessen benutzen wird. Eine dieser Parteien wie die andre würde vielmehr durch ihre völlig andern bürgerlichen Interessen gezwungen werden, dem Arbeiter Schaden zu bringen. An Wahlflügen, die ihnen die Arbeiterstimmen sichern sollen, wird es den bürgerlichen Parteien allerdings nicht fehlen, doch daran ist noch niemand erstickt, eine bürgerliche Partei erst recht nicht.

Nun wird nach den offiziellen Ankündigungen der nächste Reichstag einer Materie näher zu treten haben, die auf Jahrzehnte hinaus von tiefgehendem Einfluß auf das Gewerkschaftsleben ist und von deren gesetzlicher Regelung die Entwicklung der Arbeiterbewegung auf lange Zeit abhängt. Das ist das neue Strafgesetz. Schon ist der Vorentwurf ausgearbeitet und von einer besonderen Kommission begutachtet worden. Wehe den Arbeitern, wenn es nicht gelingt, die Schlingen, Fallgruben und Fuchangeln zu beseitigen, die aus dem Vorentwurf bekannt geworden sind. Rechtsanwält Dr. Heinemann in Berlin, einer unserer Parteigenossen, hat auf dem Gewerkschaftskongress darüber berichtet. Sein Referat ist durch die Generalkommission gedruckt und in den Gewerkschaften gratis verteilt worden. Lese jeder die kleine Broschüre aufmerksam durch, lieber dreimal als einmal. Er wird dann finden, welche schweren Gefahren dem Arbeiter persönlich und der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen drohen, wenn es nicht gelingen würde, dem nächsten Reichstage eine Zusammensetzung zu geben, die jeden reaktionären Anschlag von vornherein ausschließt.

Wir wissen, wie die Richter ein verschiedenes langes Maß bei sich führen, je nachdem sie die Sünden von Arbeitern oder von Unternehmern auszumessen haben. Beim Arbeiter machen schon einige Zoll Schuld ein volles

Strafmeter aus. Beim Unternehmer dagegen gehen zwanzig Meter Schuld und mehr auf einen Meter Strafe. Wir haben dafür den treffenden Ausdruck Klassenjustiz. Das Wort tut den Richtern weh; denn sie sind durch ihren Amtseid verpflichtet, ihre Urteile ohne Ansehen der Person und des Standes zu fällen. Sie machen sich meinelidig, wenn sie nicht strengste Unparteilichkeit üben. Und doch ist das Wortkommen von Klassenurteilen in einer Urteilsbegründung gerichtlich anerkannt worden. Wird der Vorentwurf Gesetz, dann braucht sich kein Richter mehr zu schämen, wenn er die Rechtsgleichheit mit Füßen getreten hat, der Arbeiter dürfte ihm sogar daraus kaum noch einen Vorwurf machen; denn das Gesetz würde den Richter direkt auffordern, den berichtigten Satz, wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe, zur Grundlage bei seinen Urteilen in gewerkschaftlichen Prozessen zu machen. Das würde namentlich geschehen können durch allgemeine Anwendung des Expreserparagrafen in Streikprozessen.

Nach dem geltenden Strafgesetz begeht derjenige eine Erpressung, der sich oder andern durch Drohung einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft. Wer jemandem, von dem er nichts zu fordern hat, mit Erschrecken, Totschlag, Abrennen des Hauses oder auch nur mit einer Strafanzeige droht, falls er dem Bedrohten nicht eine bestimmte Geldsumme aushändigt, macht sich einer Erpressung schuldig. Das allgemeine Rechtsempfinden des Volkes erblickt in der Erpressung eine der häßlichsten Handlungen. Noch vor wenigen Jahren hätte kein Mensch daran gedacht, in einem Streik oder Boykott eine Erpressung zu finden. Das Reichsgericht war es, das die schier ungläubliche Entdeckung gemacht hat. Es erklärt in einem Urteile, der Arbeiter sei zwar nicht behindert, das Angebot seiner Arbeitsleistung an willkürliche Bedingungen zu knüpfen, doch dürfe sich dieses Verlangen nicht dahin auswachen, daß dadurch ein Willenszwang auf den Unternehmer ausgeübt werde. Da das im vorliegenden Falle geschehen sei, denn die Arbeiter seien erstens mit einseitigen Forderungen aufgetreten und hätten das zweitens in höhnischer und dreier Weise getan, so wärden sie der Erpressung schuldig. Man traut seinen Augen nicht, wenn man so etwas liest, und doch handelt es sich um eine Entscheidung des obersten deutschen Gerichtshofs.

Nach dem Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch begeht nun jeder Arbeiter eine Erpressung, der durch Drohung mit Arbeitseinstellung den Unternehmer zu Zugeständnissen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen bewegen will. Um den Anschein zu erwecken, auch die Unternehmer würden in gleicher Weise behandelt, wird zwar in Aussicht gestellt, der Expreserparagraf würde auch gegen einen Unternehmer angewendet, der durch Androhung mit Aussperrung die Arbeiter seinen Wünschen gefügig machen will; allein für diese Ankündigung der gleichen Behandlung hat der Arbeiter keinen Pfifferling Glauben übrig. Diese Gleichheit kennt er zur Genüge. Noch unverhüllt als es der Vorentwurf ohnehin schon tut, geht der Zentralverband deutscher Industrieller aufs Ziel los. Er hat zum § 241 des Entwurfs, welcher lautet:

„Wer durch gefährliche Drohung einen andern in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft“, folgenden Zusatz beantragt:

„Einer gefährlichen Drohung im Sinne des ersten Absatzes macht sich auch derjenige schuldig, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Verkehrswege planmäßig zu überwachen.“

Hier haben wir das Bekenntnis schöner Seelen. Sie gehen aufs ganze. Und welcher Arbeiter wollte die Möglichkeit bestreiten, daß diese Wünsche der Schlusspede, wenn auch in weniger plumper Form, ins Gesetz kommen, wenn die bürgerlichen Parteien im neuen Reichstage stark genug vertreten sind?

## Parasiten.

Ein Kapitel über solche, die nicht arbeiten und doch essen!

Menschen und Tiere unterscheiden sich von den Pflanzen durch ihre Bewegungsfreiheit; sie sind nicht gebunden an die Dertlichkeit zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse.

Menschen und Tiere können somit überall ihre Lebensbedürfnisse befriedigen, trotzdem aber herrscht auch hier ein Unterschied, denn während das Tier seine Lebensbedürfnisse direkt aus dem Schoße der Natur entnimmt, unterwirft sie der Mensch erst in den meisten Fällen einer Anpassung oder Umwandlung, um sie zur Befriedigung seiner Wünsche geeigneter zu machen. Im Menschen kommt somit auf eine geheimnisvolle Weise, die weder die Philosophen und begreiflich machen, die bewußte schöpferische Intelligenz ins Spiel, um für eine beschränkte Zeit und in einer beschränkten Ausdehnung den Stoff und die Bewegung zu beherrschen, die im menschlichen Körper enthalten sind.

Die Kraft, die menschliche Muskeln zusammenzuziehen und auszubehnen, ist die ursprüngliche Kraft, mit welcher der menschliche Geist auf die materielle Welt wirkt. Durch den Gebrauch dieser Kraft werden andre Kräfte nutzbar gemacht und die Formen und Verhältnisse des Stoffes nach dem Wunsch des Menschen verändert.

Da nun alle Güter und Lebensbedürfnisse aus Stoffen und Produkten der Natur bestehen, die durch menschliche Anstrengung beschafft oder so verändert wurden, daß sie zur Befriedigung

menschlicher Bedürfnisse geeignet sind, so ist Arbeit der tätige Faktor in der Produktion der Güter, oder Land ist der positive Faktor, ohne welchen die Arbeit weder produzieren noch bestehen kann. Die nun alle Güter in der letzten Zerlegung das Ergebnis von Land und Arbeit sind, so ist alle Produktion in der letzten Zerlegung die Verwendung von Arbeit auf Land. Werden diese beiden Faktoren, Arbeit und Land, voneinander getrennt, so wird die Arbeit behindert, für sich selbst Beschäftigung zu finden, die Arbeit sinkt zur Ware herab, sie wird gekauft, gebunden und die Arbeiter sind, infolgedessen, zu einer unwillkürlichen Konkurrenz um das Recht der bloßen tierischen Existenz gezwungen." (George.) Hiergegen wird man freilich im Lager der kapitalistisch gesonnenen Volkswirtschaftler Opposition machen und sagen: "Wenn einige viel genießen und wenig tun, so hat das darin seinen Grund, weil sie überlegene Fähigkeiten besitzen oder schon ihre Eltern es fertig brachten, Eigentum an Grund und Boden zu erwerben durch kluge Spekulation und Entschlossenheit." Wenn nun andre — so bezuzieren die kapitalistischen Schriftsteller — schwer arbeiten müssen und wenig erhalten, so liegt dies darin, daß sie noch nicht das richtige Erwerbssfeld gefunden haben, daß sie faul und unwissend, oder auch abgeneigt sind, die Sparlichkeit zu üben, die für die erste Ansammlung von Kapital notwendig ist; oder aber, weil ihre Eltern in dieser Beziehung zu wünschenswert überließen. Diese klugen Leute sagen ferner: "Wenn jemand zehn oder zwölf Stunden täglich für wenige Mark arbeiten muß, während ein anderer, der wenig tut oder keine schwere Arbeit verrichtet, ein Einkommen von vielen Tausenden jährlich bezieht, so hat dies darin seinen Grund, weil alle, was der erstere zur Vermehrung des gemeinsamen Gütervorrats hinzubringt, nicht mehr ist, als die bloße Kraft seiner Muskeln." Teilweise trifft dies zu, denn derjenige, der verbesserte Arbeitsmethoden erfindet oder der, welcher vermöge seiner Intelligenz, seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten hervorragendes leistet, stiftet gewiß mehr Nutzen für die menschlichen Bedürfnisse, als der, welcher nur Handlangerdienste verrichtet; trotzdem aber werden beide um den Ertrag ihrer Arbeitsleistung gekürzt durch Leute, die nicht arbeiten und doch essen.

Nach menschlichem Ermessen sind die Beweggründe für allerlei Erfindungen und Verbesserungen in den Arbeitsmethoden wohl begreiflich, man will eben Arbeit sparen, d. h. man will mit weniger Anstrengung das gleiche Resultat oder aber ein größeres Resultat mit Anwendung der gleichen Kraftausübung erzielen. In einem Gesellschaftszustande, in welchem die vorhandene Arbeitskraft dazu dient, alle materiellen Wünsche zu befriedigen, wo keine Möglichkeit wäre, neue Wünsche, durch die Gelegenheit sich zu befriedigen, hervorgerufen — da würde z. B. die Wirkung arbeitersparender Maschinen einfach die sein, die Summe der aufzunehmenden Arbeitskraft zu vermindern. In der zivilisierten Gesellschaft ist hiervon aber gar keine Rede. Es sind Entdeckungen auf Entdeckungen und Enttäuschungen auf Enttäuschungen gefolgt und alle Erfindungen haben weder die Mühsal derer vermindert, welche am meisten der Erholung bedürfen, noch haben sie den Kernsten irgendwelche wesentliche Vorteile gebracht. Sie erweitern bloß den Abstand zwischen arm und reich und machen den Kampf ums Dasein schärfer. "Mit der Fortschritte — sagt treffend Henri George — auch der Jagabund, und Armenhäuser und Gefängnisse sind ebenso sichere Kennzeichen materiellen Fortschritts", als kostbare Wohnhäuser, prächtige Säden und prunkvolle Kirchen."

„Um die Ursache zu entdecken, welche bei zunehmender Bevölkerung und fortschreitender Entwicklung der produktiven Gewerbe die Armut der untersten Klassen vertieft, müssen wir das Gesetz aufsuchen, welches darüber entscheidet, welcher Teil des Produktes, der Arbeit als Lohn zufällt. In allen national-ökonomischen Werken wird uns gesagt, daß die drei Faktoren der Produktion: Grund und Boden, Arbeit, Kapital seien und daß das Gesamtprodukt ursprünglich in drei entsprechende Teile verteilt werde. Der Teil, welcher auf die Grundbesitzer entfällt, heißt danach Grundrente, der Teil, welcher der Arbeit zufällt, heißt Lohn und der dritte Teil, welcher dem Kapital zufällt, heißt Zins.“

Drei Parteien teilen also das Erzeugnis der geschaffenen Werte der Produktion: der Arbeiter, der Kapitalist und der Grundbesitzer. „Wenn sich nun die Produktion durch Erfindung neuer Maschinen, durch Entstehung neuer Arbeitsmethoden usw. steigert, der Arbeiter aber nicht mehr erhält und der Kapitalist auch nicht mehr herausschlägt, so ist die notwendige Schlussfolgerung, daß der Grundbesitzer den ganzen Gewinn erntet.“ (George.) Die Tatsachen stimmen mit dieser Schlussfolgerung überein. „Obgleich hier weder der Lohn noch der Zins irgendwo mit Zunahme des materiellen Fortschritts steigt, so ist doch die unvermeidliche Begleitung und das Anzeichen des materiellen Fortschritts die Erhöhung der Grundrente, das Steigen der Landwerte. Das Steigen der Grundrente in dichtbevölkerten, dem Verkehr erschlossenen Gegenden erklärt, warum der Lohn und der Zins nicht steigen. Der Besitzer von Land ist in der bedauerlichen Lage, in solchem Falle den ganzen Ueberschuss des Ertrags einzubehalten, welcher über den Ertrag auf minderbegünstigtem Boden, bei gleichem Arbeits- und Kapitalaufwande hinausgeht.“ (George.)

Wenn wir dies Gesetz der Grundrente anerkennen, so sind wir unzweifelhaft zur Anerkennung der Tatsache gezwungen, daß die Wirkung der Konkurrenz dahin geht, zu verhindern, daß der Ertrag der Arbeit irgendwo größer sei, als auf dem ärmsten in Benutzung befindlichen Lande. Die Grundrente des Bodens, auf welchem eine Fabrik erbaut ist, vermindert den Betrag, der als Lohn und Zins verteilt werden kann. Die Steigerung des Bodenwertes erfolgt somit stets auf Kosten des Wertes der Arbeit. Hieraus folgt also, daß, wenn die Zunahme der Produktionskraft den Lohn nicht steigert, dies daher rührt, weil sie den Wert des Grund und Bodens steigert. Die Rente schließt den ganzen Gewinn und Pauperismus d. h. Verarmung begleitet den Fortschritt. Um menschliche Wesen in der elendesten, hilf- und hoffnungslosesten Lage zu sehen — großt der von uns mehrfach zitierte amerikanische Sozialist George — darf man nicht nach den uneingeäuerten Praxieren, nicht nach den Blochhäusern der Hinterwälder, wo der Mensch auf eigne Faust den Kampf mit der Natur beginnt und Land noch keinen Wert hat, sondern nach den großen Städten, wo der Besitz eines kleinen Fleckens Erde ein Vermögen ist.“

Es ist der Privatbesitz an Grund und Boden, welcher, da er nicht vermehrt werden kann, da das Bedürfnis für seine Verwendung immer größer wurde, in den Händen des jeweiligen Besitzers immer kostbarer wird. Die Folge davon ist, daß dieser Grundbesitzer seine Forderungen für die Benutzung des Erdbodens ins Unendliche steigert; alle auf diesem Grund und Boden geleistete Arbeit wird entwertet durch jene unverschämten Forderungen, und so steigt die Rente, das Einkommen dessen, der nicht arbeitet, fortwährend und der Lohn dessen, der arbeitet, schrumpft (gemessen an der Kaufkraft des Geldes) immer mehr zusammen. Wenn auch der Lohn heute etwas höher ist, als vor fünfzig Jahren, so ist derselbe doch nicht in Wirklichkeit gestiegen, d. h. die Kaufkraft des Geldes ist heute nicht mehr dieselbe, wie zu jener Zeit, weil die Lebensbedürfnisse teurer geworden sind. Der Privatbesitzer des Grund und Bodens schließt den größten Teil des Ertrags der auf seinem Eigentum geleisteten Arbeit als „Grundrente“, das Kapital schließt einen weiteren Teil als Zins und so bleibt für die Arbeit nur soviel Lohn übrig, daß der Arbeiter damit allenfalls das nackte Leben fristen kann. Deutlich illustriert der französische Sozialpolitiker Emil de Laveleye in seinem Buche: Das ursprüngliche Eigentum, die früheren Verhältnisse in bezug auf den Ertrag der Arbeitskraft; dort heißt es: „In allen ursprünglichen Gesellschaften war der Boden Gemeinbesitz der Stämme und einer periodischen Teilung unter den Familien unterworfen, so daß alle, wie die Natur es bestimmt, von ihrer Arbeit leben konnten. Der Wohlstand des einzelnen

stand daher im Verhältnis zu seiner Energie und Intelligenz; niemand war aller Substanzmittel entblößt und gegen eine Ungleichheit, die sich von Geschlecht zu Geschlecht vergrößerte, war vorgesorgt.“

Heute ist das anders, wenn das Land gehört, dem gehören auch die Früchte desselben, so will es die heutige Wirtschaftsordnung; wie viel der Eigentümer desselben an den Arbeiter abgeben will, das steht in seinem Belieben. Der Grundbesitzer kann mit dem Ertrag seiner Felder Bücher treiben, ja, er kann solche Preise für seine Erzeugnisse an Lebensmitteln fordern, daß sie kein Arbeiter erschwingen kann, und wenn die Löhne noch so hoch gesteigert werden.

Infolge dieses Privatbesitzes an Grund und Boden können Hungernöte ausbrechen, wie dies seinerzeit in Irland geschah, der Grundbesitzer fragt nicht danach, er besteht auf „seinem Schein“, wie der Schylock im Kaufmann von Venedig; er will sein Recht, mögen alle übrigen darüber zugrunde gehen.

Als Hauptfaktor der Ausbeutung des arbeitenden Volkes kommt denn auch namentlich die Grundrente in Betracht. „Sie ist eine Steuer — sagt Henri George drastisch — die beständig und unaufschieblich von der Arbeit erhoben wird. Jeder Schlag des Sammers, jeder Stieb der Art, jeder Stoß des Weberschiffseins, jede Bewegung der Dampfmaschine zahlen ihren Tribut. Sie nimmt von dem Verdienste der Männer, die tief unter der Erde ihr Leben wagen und von denen, die über schäumenden Wogen auf rollenden Raaren hängen, sie fordert den gerechten Lohn des Kapitalisten und die Früchte der geduldischen Mühsal des Gefinders; sie nimmt kleine Kinder vom Spiel und aus der Schule weg und zwingt sie zur Arbeit, bevor ihre Knochen hart und ihre Muskeln fest sind; sie raubt dem Frierenden die Wärme, dem Hungrigen die Nahrung, dem Kranken die Arznei, dem Sorgenvollen die Ruhe. Sie erniedrigt, vertiert und verbittert. Sie paßt Familien von 8 bis 10 Personen in einen einzigen schmugigen Raum; sie füllt die Schnapsläden und Kneipen mit denen, die zu Hause keine Beschäftigung haben; sie macht Burtschen, die nützliche Männer werden könnten, zu Kandidaten der Gefängnisse und Zuchthäuser; sie füllt die Bordelle mit Mädchen, die die reinen Mutterfreuden empfinden könnten; sie sendet die Gabsucht und alle schlimmen Leidenschaften plündernd durch die Gesellschaft, wie ein harter Winter die Wölfe zu den Wohnplätzen der Menschen treibt. Sie ist nicht bloß ein Vergehen an der Vergangenheit, sondern auch an der Gegenwart, ein Vergehen, das den Kindern, die jetzt auf die Welt kommen, ihr Geburtsrecht entzieht.“

Alles Elend, welches heutzutage in der Welt auftritt, hat seinen Ursprung in dem Bucher mit „Gottes Erdboden“, es wurzelt in dem Privatbesitz an Grund und Boden, es wächst mit dem faulen Erwerb durch Grundrente und gipfelt in der Entwertung der Arbeitskraft zugunsten derer, die nicht arbeiten und doch essen. Hp.

## Wichtige gesetzliche Bestimmungen.

I.  
Sehr häufig kommen unsere Verbandsmitglieder in Verlegenheit, wenn sie sich bei Wahrnehmung ihrer Rechte auf wichtige gesetzliche Bestimmungen stützen wollen. Wir beabsichtigen nun, in drei bis vier Fortsetzungen diejenigen Paragraphen wörtlich bekanntzugeben, welche für unsere Leser von sehr großem Interesse sein dürften. Wir wollen dabei auf den Gesetztext der Bundesratsverordnung, der Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der Konkurrenzordnung und der Unfallverhütungsvorschriften der Steinbruchsberufsgenossenschaft Bezug nehmen. In diesen Gesetzen finden sich eine Reihe Paragraphen, welche sich unsere Kollegen besonders scharf einprägen sollten. Beginnen wir gleich mit den wichtigsten Bestimmungen aus der

### Bundesratsverordnung.

(Erlassen am 20. März 1902. Verändert am 1. Juli 1900.)

§ 1. In solchen Steinbrüchen und Steinhauereien, in denen regelmäßig fünf oder mehr Arbeiter beschäftigt werden, müssen für die im Freien beschäftigten Arbeiter zur Unterkunft während der Arbeitspausen ausreichend große und widerstandsfähige Räume vorhanden sein, welche genügend erhellung, mit einem dichten Fußboden versehen und bei kalter Witterung geheizt sind; sie müssen für jeden dauernd beschäftigten Arbeiter einen Sitzplatz enthalten. Auch müssen Vorrichtungen zum Wärmen der Speisen vorhanden sein.

Die Unterkunftsräume sind täglich zu reinigen; sie dürfen nicht als Lager- oder Aufbewahrungsräume benutzt werden.

§ 2. In den in § 1 bezeichneten Betrieben müssen den Anforderungen der Gesundheitspflege und des Anstandes entsprechende Bedürfnisanstalten in ausreichender Zahl vorhanden sein.

§ 3. Für solche Steinbrüche und Steinhauereien, in denen regelmäßig weniger als fünf Arbeiter beschäftigt werden, behält es bei der Befugnis der zuständigen Behörden, im Wege der Verfügung oder Anordnung oder durch Polizeiverordnungen (§§ 120d, 120e der Gewerbeordnung) Einrichtungen der in §§ 1, 2 bezeichneten Art vorzuschreiben, sein Bestehen.

§ 4. In Steinbrüchen und Steinhauereien müssen für die im Freien arbeitenden Steinhaue, Schrottschläger, Kleinschläger und Pflastersteintipper (Pflastersteinschläger) zum Schutze gegen die Unbillen der Witterung entweder Schutzdächer über den Arbeitsplätzen oder Arbeitsbuden errichtet werden. Die Arbeitsbuden müssen nach drei Seiten hin, insbesondere nach derjenigen der Hauptwindrichtung, geschlossen werden können.

§ 5. In Steinbrüchen und Steinhauereien sind für die Arbeiter gesundes Trinkwasser oder andre geeignete Getränke vom Arbeitgeber in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen. Die im § 3 bezeichneten Behörden können anordnen, daß die Arbeitgeber den Arbeitern nicht gestatten dürfen, Branntwein in den Betrieb einzubringen.

### Besondere Bestimmungen für Sandsteinarbeiter.

§ 6. In Steinbrüchen und Steinhauereien müssen die Arbeiter bei dem Vorfieren oder der weiteren Bearbeitung von Sandstein mindestens zwei Meter voneinander entfernt sein.

§ 7. Zur unwillkürlichen Vermeidung der Staubeinwirkung müssen in Steinhauereien bei der Sandsteinbearbeitung, sofern dies nicht aus technischen Rücksichten unzulässig ist, die Werkstücke und bei warmer und trockener Witterung auch die Arbeitsplätze und die Fußböden der Arbeitsbuden und Werkstätten feucht gehalten werden.

Die Arbeitsbuden und Werkstätten sind täglich von Abfall und Schutt, ihre Fußböden ebenso unter ausreichender Anfeuchtung von Staub zu reinigen.

Das erforderliche Wasser ist vom Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen.

§ 8. Den in § 3 bezeichneten Behörden bleibt es überlassen, gleiche Bestimmungen wie die hinsichtlich der Sandsteinarbeiter vorgesehenen auch für Arbeiter zu treffen, welche bei der Gewinnung von Dolerit oder ähnlichen Gesteinsarten, die scharfkantigen Staub entwickeln, beschäftigt werden.

### Beschäftigung erwachsener Arbeiter.

§ 9. In Steinbrüchen dürfen Arbeiter, die bei der Steingewinnung (dem Brechen, dem Unterschrämen, dem Hohlmachen,

dem Herstellen und Befestigen von Bohrlöchern, dem Sprengen und Bergleichen), wenn auch nur während eines Teiles des Tages, verwendet werden, nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern.

§ 10. In Steinbrüchen dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht bei Abräumungsarbeiten, bei der Steingewinnung oder der Rohaufarbeitung von Steinen beschäftigt werden. Als Rohaufarbeitung von Steinen im Sinne dieser Bestimmungen gilt auch die Herstellung von Chaussésteinen (Schotter, Klarschlag, Knadschlag, Kleinschlag) in solchen Betrieben. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für ihren Bezirk oder Teile desselben gestatten, daß Arbeiterinnen über 18 Jahre mit der Herstellung von Chaussésteinen beschäftigt werden; die Dauer der Beschäftigung im Steinbrüche darf in diesem Falle sechs Stunden täglich nicht übersteigen.

Außerdem dürfen in Steinbrüchen und Steinhauereien Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht beim Transport oder Verladen von Abraum, Steinen oder Abfall beschäftigt werden. Für Schieferbrüche kann die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen dahin zulassen, daß jugendliche Arbeiter beim Transport oder Verladen von Steinen mit ihren Kräften angemessenen Arbeiten beschäftigt werden dürfen.

### Allgemeine Unfallverhütungsvorschriften der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für Steinbrüche und Gräbereien über Tage.

§ 10. Hebezeuge, Krane, Winden.

Hebezeuge, Krane und Winden mit Kurbelantrieb müssen, sofern sie nicht selbstfahrend sind, mit einer wirklichen Sperrvorrichtung versehen sein, damit ein Zurückklagen der Windenkurbeln oder ein plötzliches Niedergehen der Last vermieden wird. Die Einlaufstelle der Zahnräder eines Kranes ist, wenn nicht schon das Gestell Schutz gewährt, durch eine Blechhaube oder eine Blechscheibe an der Achse zwischen Kurbel und Zahnrädern zum Schutze des an der Kurbel tätigen Arbeiters zu sichern.

Sämtliche Hebevorrichtungen sind öfters auf ihre Tragfähigkeit zu untersuchen, wobei dem Zustande des Krangerüsts, der Ketten, Seile, Gurte und Klauen besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist und schadhafte oder abgenutzte Stücke durch neue, haltbare zu ersetzen sind.

Auf sichere Befestigung der Last an den Aufzugsseilen, Ketten, Gurten, Klauen ist besonders zu achten.

Während die Hebevorrichtung im Betriebe ist, bei schwebender Last, ist Sorge zu tragen, daß die Arbeiter sich nicht unterhalb oder in unmittelbarer Nähe derselben aufhalten, vielmehr seitwärts Stellung nehmen, damit sie von der unvermutet herabkommenden Last oder herabfallendem Gestein nicht getroffen werden können. Werden Lasten über Verkehrswege aufgezogen oder niedergelassen, so sind letztere während der Arbeit für nicht bei dieser beschäftigte Personen abzusperren.

### § 14. Schutzbrillen.

Bei solchen Arbeiten, welche ihrer Natur nach zu Augenverletzungen leicht Veranlassung geben können, insbesondere beim Zerklüffern von Steinen zu Schotter (Steinschlag), bei Bearbeitung von Hartgesteinen zu Pflastersteinen, beim Schärfen von Mühlsteinen, sind von den Arbeitern zweckentsprechende Schutzbrillen zu tragen, welche der Unternehmer auf seine Kosten zu beschaffen hat.

Bei Bearbeitung der Steine sind die Vossierer, Steinschläger, Schrottschläger, Pflastersteintipper in genügender Entfernung voneinander aufzustellen, so daß Arbeiter nicht durch seitlich abspringende Steine vom Nachbar her verletzt werden können. Wo der beschränkte Arbeitsraum ausreichende Zwischenräume zwischen den einzelnen Arbeitsplätzen nicht gestattet, sind die Arbeiter durch geeignete Schutzwände (Dretter, Strohwände) vor dem seitlichen Anspringen von Splittern und Steinstückchen zu schützen.

### § 17. Erste Hilfe bei Unfällen.

In jedem Betriebe muß antiseptisches (säulnismidriges) Verbandmaterial vorrätig sein oder aus nächster Nähe jederzeit beschafft werden können. Den Arbeitern muß bekannt gegeben werden, wo sie Verbandmaterial erhalten können.

## Was ist praktische Agitation?

Was über obiges schon geschrieben wurde, gäbe viele Bände. Vieles davon ist zwar gelesen, aber wenig ausgeführt worden. Und doch bildet gerade die Agitation den Hauptkern einer Organisation, ohne den sie nicht bestehen kann. Sehen wir doch nur unsern Verband an, was geleistet wurde, seitdem eine intensivere Agitation betrieben wurde. Der beste Beweis sind unsere Tarifabschlüsse. Auch die Mitgliedsziffern konnten glänzend gesteigert werden. Aber auf den Erfolgen ausschlagen, darf es für uns nicht geben; es muß jeder, so gut er kann, mitarbeiten an dem Ausbau unserer Organisation. Aber leider muß man doch sagen, daß es im Verhältnis wenige sind, die wirklich Agitation betreiben.

Eine schöne Einrichtung bei einer ganzen Reihe unserer Zahlstellen sind die Monatsversammlungen. Es können dieselben sozusagen für einen Bildungskursus unserer Kollegen ausgebaut werden. Man braucht ja nur im „Steinarbeiter“ die vielen Thematika in den verschiedenen Ortsversammlungen zu lesen und wird dann finden, daß da praktisch gearbeitet wird. In solchen Zahlstellen ist dann auch Fortschritt und Einigkeit. Nun gibt es aber auch noch eine zweite Art von Versammlungen. Diese sind aber nur dazu da, um wenig aufgeklärte und jung organisierte Kollegen zu zweifeln unsern Verbandes zu machen. Meine Meinung ist auch die, daß eine Sache, die Kritik erfordert, kritisiert wird. Denn wo gibt es keine Meinungsverschiedenheiten? Man muß da aber öfter bemerken, daß kleine Differenzpunkte stark aufgebauscht werden. Nur zu oft herrscht persönliche Stänkererei; da gibt es ein Ein und Her, jeder will recht haben, aber der eigentliche Zweck ist dann immer verloren. Das schlimmste aber dabei ist, daß so eine Sache dann noch mehrmals in den darauffolgenden Versammlungen unerquicklich behandelt wird. Das alte Sprichwort kommt dann wieder zu seinem Recht: „Dah, wenn zwei sich streiten, der Dritte ist“; und das ist dann in diesem Falle immer der Unternehmener und Kapitalist. Ich glaube, daß die meisten Kollegen diese Wahrnehmung auch schon gemacht haben. Für uns, die wir unsere Knochen so billig zu Markte tragen müssen, dürfte es so etwas nicht geben. Solche Kleinliche Sachen, wie sie so oft vorkommen, müssen im Interesse unfres Verbandes nicht so breitgetreten werden, wie es durch das Hin- und Herreden so oft der Fall ist.

Ein gutes Mittel ist die Haus- und Platzagitation, die in den großen Bruchdistrikten ungeheuren Wert hätte. Sie wird aber viel zu wenig ausgenützt und angewandt. Und wie leicht ist es zu machen, wenn man auf dem Nachhausewege mit den indifferenteren Kollegen über unsere Ziele und Fortschritte spricht. Wenn es auch nicht mit einemmal glückt, nach und nach geht es doch, bei vorzüglichen Sorgen, je nach der Person. Der Erfolg ist meist sicher; denn das ist bei uns doch nicht nötig, wie in Nr. 42 des „Steinarbeiter“ unter Wagen steht, daß der Christliche Keramiker Arbeiterverband den auf Mitgliedsbeitrag ausgehenden 25 Pfg. pro Stück bezahlt. Für uns gibt es keinen schöneren Lohn als das Bewußtsein, vorwärts zu kommen. Unsere Kollegen haben eine schweren Stand, aber es ist erfreulich, daß sie den Angriffen der Christlichen so glänzend standhalten.

\* Es würde sehr ratsam sein, wenn die nachfolgenden gesetzlichen Bestimmungen den abzugs liegenden Tarifen als Anhang beigelegt würden. Wir lassen deshalb den Satz stehen, um Abzüge billig herstellen zu können. Red.

Eine nach meiner Anschauung falsche Agitation ist die sogenannte Wirtschaftsoberpolitik, die aber überall getrieben wird. Es gibt Kollegen, die nicht zufrieden ihr Bier trinken können, ohne vorher über Arbeits-, Platz- oder Verbandsangelegenheiten zu debattieren. Wir sollten doch froh sein, wenn wir einmal mit Ruhe ein Glas Bier genießen können; da muß doch nicht immer die Arbeit dabei sein. Und die Platzangelegenheiten gehören nicht in die Wirtschaft, die gehören ins Bodenrecht. Die Erfahrung lehrt, daß gerade diese Schreier hinter dem Bierfrug in jeder Betätigung auf dem Platz und dem Bodenrecht, überhaupt, wenn es gilt, den Mund am richtigen Ort aufzumachen, die letzten sind. Am allerwenigsten aber gehören Verbandsangelegenheiten an den Bierstisch. Hat man Ursache zur Kritik am Vorstand, am Gauleiter usw., so gehört dieselbe in die Versammlung, wo man offen und frei sprechen und mit Beweisen antreten kann.

Eine schöne Sache wäre auch die Anschaffung von kleinen Bibliotheken sozialpolitischen Inhalts. Wieviele Kollegen haben solche Bücher wertlos zu Hause herumliegen! Der Zahlstelle zur Verfügung gestellt, werden sie ihren Zweck viel besser erfüllen. A. W.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Dem Steinarbeiter Otto Hammer Schmidt, geboren am 7. Mai 1885 in Eisleben, übergetreten vom Bergarbeiterverband in Hamburg II, ist sein Verbandsbuch (Nr. 18108) in Artern gestohlen worden. Bei Verzeigung muß das Buch abgenommen und dem Zentralvorstand übermittlekt werden.

### Korrespondenzen.

**Adelebsen.** Am 5. November fanden für die Zahlstelle zwei Versammlungen statt. Eine Versammlung tagte in Heiseberg und die zweite in Berliehausen. Kollege Wiemig referierte über: Kapital und Arbeit. Den Ausführenden Wiemig wurde lebhafter Beifall gespendet. Kollege Schäfer-Barterode gab die Abrechnung bekannt, welche mit einem Ueberschuß von 59.12 Mk. abschließt. Schäfer gab dann einen Rückblick auf die Entwicklung der Zahlstelle. Sie wurde gegründet am 11. November 1910. Am Tage der Gründung zählten wir 135, im ersten Quartal 1911 235, im zweiten Quartal 290, im dritten Quartal 344 und jetzt können wir beinahe 400 Mitglieder aufweisen. Also innerhalb Jahresfrist sind wir die drittgrößte Zahlstelle im 6. Gau geworden. Durch die rastlose Tätigkeit der Kollegen ist ein solcher Zuwachs möglich gewesen. An der Gräfenburg wurden zwei Kollegen mit 50 Pfg. Strafe belegt, weil sie die Haken am Schuttbrett nicht zugemacht hatten. Ein anderer wurde wegen einer Kleinigkeit mit 50 Pfg. bestraft. Sonntagsarbeit ist in diesem Betriebe etwas gewöhnliches. Wie wäre es, wenn sich der Herr Betriebsinspektor oder Gendarm die Sonntagsarbeit einmal ansehen würden? Kollegen, sorgt dafür mit Herrn Frischleder, daß auch an der Gräfenburg der letzte Steinarbeiter gewonnen wird, damit wir in kürzester Zeit nicht die drittgrößte, sondern die größte Zahlstelle im 6. Gau werden. Der Steinarbeiterverband mit seinen riesigen Erfolgen flößt der hiesigen Arbeiterchaft großes Vertrauen ein. Wir werden hier noch weitere Mitglieder gewinnen und so unsere Position stärken. Die Zustände in den Betrieben sind verbesserungsbedürftig, das kann aber nur der Verband ändern.

**Birkenfeld bei Forzheim.** Recht traurige Zustände sind leider noch im Betriebe der Gebrüder Deningger in Birkenfeld anzutreffen. Die Entlohnung erfolgt im wilden Afford. Die Preise werden von den Betriebsinhabern nach der größten Willkür festgesetzt, ohne Rücksicht darauf, ob es den Arbeitern dabei möglich ist, einen Verdienst zu erzielen, der ihnen eine Existenz gestattet. Vor kurzem wurde den Arbeitern ein Preis für Bollons zu 3.50 Mk. pro Quadratmeter geboten. Die Arbeiter erklärten sich schließlich damit einverstanden, da die Schichten mittelstlich sein könnten von 15 bis 40 Zentimeter Höhe. Später stellte sich heraus, daß bei den Arbeiten eine große Anzahl Leibrungsstücke waren von 26 Zentimeter Tiefe mit Abrundung von 5 Zentimeter an der vorderen Kante. Für diese erhebliche Mehrarbeit sollte der horrende Zuschlag von 1 Mk. pro Quadratmeter bezahlt werden. Alle Vorstellungen der Arbeiter blieben nutzlos. Die Unternehmer lehnten jede Verständigung ab und entließen sämtliche Arbeiter, die diese Entlohnung unter den gegebenen Umständen als eine Erlösung betrachteten mußten. Die Behandlung der Arbeiter durch die Betriebsinhaber ist eine solche, wie sie unter gesteuerten Menschen nicht mehr üblich ist. Das Anstandsgefühl verbietet uns, die Ausdrücke zu wiederholen, mit denen die Arbeiter bedacht werden. Sämtliche Arbeiter sind bereits anderwärts untergebracht und überlassen es den Betriebsinhabern und ihren Herren Brüdern und sonstigen Sippengenossern, sich an den Bollons einmal einer nützlichen, aber auch schweißfördernden Beschäftigung zu widmen. Sache der Berufskollegen am Orte und in der Umgebung wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Organisation immer besser ausgebaut wird, und damit einmal ernstlich der Versuch unternommen werden kann, das Willkürsystem des wilden Affordes zu beseitigen und tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Einführung zu bringen, deren sich die Kollegen an andern Orten schon längst erfreuen. Festgenagelt muß werden, daß als einziger, der es fertig brachte, den Kollegen in den Rücken zu fallen, der Steinhauer Wilhelm Riefer aus Deringingen stehen blieb. Er ist auch anderwärts sattsam bekannt. Wir gönnen ihm das Vergnügen, sich in Gemeinschaft mit den Betriebsinhabern und deren Verwandtschaft an den Bollons zu ergötzen. Sein Ausschluß wurde einstimmig beim Zentralvorstand beantragt und empfohlen wir den Braven den Kollegen allerorts der gebührenden Hochachtung. Zugang nach Birkenfeld ist streng fernzuhalten.

**Bloß.** Auf Wunsch vieler Kollegen veröffentliche ich nachstehende Zeilen. Schon im Juni wurden sämtliche Betriebe der Firma Bette auf 4 Wochen eingestellt, wobei ungefähr 25 Mann betroffen wurden. Dieses Vorgehen der betreffenden Firma muß als sehr wenig arbeiterfreundlich bejandene werden, zumal sie bei pressanten Aufträgen lieberstunden wie Nacharbeit ohne Einschränkung von den Arbeitern verlangt. Mit großem Geschick benutzte die Firma Steinhardt diese schlechte Periode dazu, alle ihr misliebigen Arbeiter aus den Büden zu entfernen. Sie brachte es auch auf kurze Zeit fertig, die Verbandsstätigkeit zum Stillstand zu bringen. Aber wie gesagt, nur auf kurze Zeit. Jetzt sind auch diese Kollegen wieder zur Einsicht gekommen. Bei den anderen Firmen wurde meist Lagerarbeit gemacht, so daß die Kollegen doch wenigstens etwas Verdienst hatten. Anfang September setzte erst ein kleiner Umschwung ein und damit wieder ein geregelteres Verhältnis in den Betrieben. Nun konnte man so recht sehen, wie ernst es den Firmenvertretern immer war, wenn sie bei jeder Gelegenheit über die Konkurrenz der kleinen Meister klagten. Letztere waren bereits ohne jede Arbeit, und sie wären gezwungen gewesen, die Geschäfte zu schließen. Sofort wurden ihnen aber von fetten der großen Firmen Arbeiten übertragen. Ich will bloß noch den alten, von den Meistern sehr beliebten Brauch erwähnen, in den Wirtschaften auszuzahlen. Das soll beseitigt werden. Zum Schluß möchte ich die Kollegen noch bitten, bei der Sammlung für die durch Hochwasser geschädigten Kollegen in Grünfeld und Heidingfeld, sowie auch für die ausgesperrten Tabakarbeiter ihre schon oft gezeigte Solidarität auch hier zu üben. H. S.

**Gommern.** Am 29. März 1911 wurde im Steinbruch der Firma Bezel u. Co. dem Arbeiter Friedrich Mehlhase von Gommern durch einen Sprengschuß die rechte Hand zerschmettert.

Der Schuß hatte verfehlt, und der Bruchmeister Wilhelm Hönow aus Gommern wollte ihn unter Beihilfe von Mehlhase ausbohren. Hierbei explodierte der Schuß und führte die Verletzung des Mehlhase herbei. Mehlhase ist infolge dieser Verletzung von der Steinbruchsberufsgenossenschaft, Sektion VI, um 60 Prozent erwerbsunfähig erachtet worden. Hönow hatte sich deshalb wegen Uebertretung der Schießvorschriften vor dem Schöffengericht Gommern zu verantworten. Er bestreitet jede Schuld. Er wollte nur den stehengebliebenen Besatz ausbohren. Zur Sicherheit habe er aber dennoch erst ein paar Eimer Wasser auf den Besatz gießen lassen. Dann habe er allerdings einen Steinbohrer genommen und unter Mithilfe von Mehlhase das Bohrohr ausbohren wollen. Vom Vorsitzenden gefragt, wie er denn dazu komme, nur anzunehmen, der Schuß sei losgegangen, das mißte er doch ganz genau wissen, meinte der Angeklagte, das sei bei der elektrischen Zündung keineswegs immer der Fall. Wenn man 8-10 Schüsse oder noch mehr an einer Leitung habe, könne man nicht immer mit unbegingter Sicherheit sagen, daß tatsächlich alle Schüsse losgegangen sind. Darauf sagte der Vorsitzende mit Recht: „Wenn das so ist, dann sollte doch die elektrische Zündung als unzuverlässig verboten werden, dann kann ja derselbe Fall jeden Tag wieder vorkommen, und die Arbeiter schweben ständig in Gefahr, zu Krüppel geschossen zu werden.“ „Ja“, sagte der Angeklagte, „das kann jeden Tag wieder vorkommen.“ Der sachverständige Aufsichtsbearbeiter der Steinbruchsberufsgenossenschaft, Sektion VI, Sellinger aus Halle a. S., sagte aus, daß seiner Ueberzeugung nach der Angeklagte sehr fahrlässig gehandelt habe. Er mußte wissen, daß der Schuß verfehlt habe. Die Umgebung eines Bohrohrs zeige nach der Explosion immer ein andres Bild. Vor allen Dingen dürfte er aber das Bohrohr nicht mit einem stählernen Bohrer ausbohren. Auch sei es ausgeschlossen, daß bei der elektrischen Zündung, wenn sie richtig gehandhabt wird, ein Schuß verfehlt, während die übrigen an der gleichen Leitung sich befindlichen losgehen. Aber gerade in Gommern werden die meisten Unfälle durch fahrlässiges Arbeiten durch Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften seitens der Arbeitgeber, herbeigeführt. Der Angeklagte wurde darauf zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Und die Unternehmer, denen das keineswegs schmeichelhafte Gutachten des Sachverständigen mitttraf, werden überhaupt nicht angeklagt, sondern wirken auf Kosten der gefunden Knochen der Arbeiter weiter, wie aus den Worten des Angeklagten: „das kann alle Tage wieder vorkommen“, deutlich hervorgeht.

**Freiberg.** Am 5. November tagte unsere Monatsversammlung, welche gut besucht war. Wir waren durch die Abreise des Kollegen Glück veranlaßt, einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Wir waren nun der Ansicht, jetzt die ganze Lokalverwaltung neu zu wählen. Diefelbe legt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Thoma, Zwingerstraße Nr. 17; Kassierer Bauer, Schloßberg Nr. 4; Schriftführer Landenklos; 1. Revisor Kresler. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu agitieren, und immer auf dem Damme zu sein. Wir denken, daß auch hier die Kollegen jetzt einmal aufgewacht sind, was sie ja in letzter Zeit durch flehigen Versammlungsbesuch bewiesen haben. Hoffentlich gelingt es uns, die noch Fernstehenden zu gewinnen.

**Kleinrindensfeld.** Am 26. Oktober fand im Gasthaus zum frischen Quell unsere Mitgliederversammlung statt. Ueber den Punkt: Dertliche Angelegenheiten, setzte eine lebhafte Debatte ein und zwar wurde das Verhalten des neuen Geschäftsführers der Firma Bläser einer sehr berechtigten Kritik unterzogen. So hat er zuspätsprechende freiorganisierte Kollegen nicht eingestellt, während sich brieflich um Arbeit meldende christlich organisierte sofort eintraten konnten. Eine von der Versammlung gewählte Kommission, die den Auftrag hatte, bei dem Geschäftsführer vorstellig zu werden und betreffs Einstellung mindestens auf paritätischer Grundlage eine Einigung zu erzielen, konnte nichts ausrichten. Der Mann beruft sich eben darauf, er wäre hier fremd und müßte sich erst nähere Auskunft über die hiesigen Verhältnisse einholen. Diese Berechtigung wollen wir ihm in keiner Weise absprechen, nur möchte er in der Wahl seiner Auskunfterteiler etwas vorsichtiger sein. Eine weitere Angelegenheit ist die Regelung der Lokalverhältnisse. Der bisherige Lokalwirt hat uns freiorganisierte Steinarbeiter seine Geschäfte mit den Schwarzen gemacht. Es wurde dann noch eine Wohnungs-kommission gewählt, die den Auftrag hat, sich um Privatlogis umzusehen und diese dann den zureisenden Kollegen anzugeben. Auch möchten die Kollegen bei der nächsten stattfindenden Bürgerversammlung recht zahlreich erscheinen, um dann bei der kommenden Gemeinderatswahl, an der wir uns das erste Mal mit einer eignen Vorschlagsliste beteiligen, zur Zufriedenheit abschließen zu können.

**Laubendorf an der Bergstraße.** Auf die Verächtigung des Unternehmers Joseph Reithmeier setzen wir uns veranlaßt, zu erklären, daß unser Bericht in Nr. 48 des „Steinarbeiter“ nur die Wahrheit enthielt. Das, was Reithmeier als unwahr hinstellt, kann von acht Kollegen bezeugt werden. Wir hätten in unserm Bericht noch viel mehr Belästigungen gegen ihn aufröhren können, und er kann von Glück sagen, daß wir davon Abstand nahmen. Bemerk sei noch, daß auch diesmal die Kollegen ohne Abrechnung wieder nach Hause mußten. Das Sprichwort bewahrheitet sich nur zu gut bei Reithmeier: „Ein Prahler ist ein schlechter Zahler.“ Was die Nichtigstellung von Raver Reithmeier betrifft, so sei bemerkt, daß die Kollegen Heigl und Berchl erst dann scharfe Worte gebrauchten, als er ihnen den Arbeitsplatz verwehrt. Die Zunge ist bei ihm überhaupt sehr lose. Beschwerden sich Kollegen über Mißstände, so stellte er Zumutungen an sie, die wir hier nicht ausdrücken wollen. Es wäre also schon längst an der Zeit gewesen, sein Verhalten an die Öffentlichkeit zu bringen.

**Söbau.** Am 7. November fand im Hotel Goldnes Schiff eine Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Arbeitersekretär Genoffe Keller aus Gölitz einen Vortrag über Arbeiterversicherungsweisen hielt. Er machte in seinem leicht verständlichen Vortrage den Kollegen klar, wie der Arbeiter hierbei um sein Mitbestimmungsrecht beschritten wird. Auch in betreff Mutterschutz hat es die Regierung unterlassen, etwas zu tun, um sich ein gesundes Volk von Geburt auf zu sichern. Was die Unfallversicherung betrifft, sieht diese mehr der Invalidenversicherung ähnlich, was hauptsächlich die Steinarbeiter sehr schädigt, indem die Lungenschwindsucht, welche sich doch meistens durch Einatmen von Steinstaub entwickelt, unbedingt als Unfall betrachtet werden müßte. (Lebhafter Beifall.) Zum zweiten Punkt berichtete Kollege Koole über unsere diesjährige Statistik, worüber lebhaft Klage geführt wurde, daß es einige Plätze nicht für nötig hielten, in dieser Sache ihre Pflicht zu erfüllen. Durch Beiträge allein ist ein organisierter Kollege noch nicht das, was er sein soll. Die Statistik wird in nächster Zeit im „Steinarbeiter“ erscheinen. Für die von der Wasserkatastrophe schwer heimgesuchten Kollegen in Grünfeld werden Sammel Listen ausgelegt.

**Wagen (Rheinland).** In einer am Sonntag, den 5. November stattgefundenen, gut besuchten Versammlung referierte Gauleiter Herrmann über: Die Bedeutung der Tarife und unsrer Aufgaben bezüglich der Neugestaltung des Tarifs für das Basalt-Lava-Gewerbe und den Tuffstein. Kollege Herrmann gab zunächst einen geschichtlichen Rückblick über das Tarifwesen im allgemeinen. Dann schilderte er den Kollegen, wie der Tarifgedanke in der Gewerkschaftsbewegung allmählich Anhänger gefunden habe. Des weiteren gab er den Kollegen ein anschauliches Bild, wie die Unternehmer, und besonders die Organisationen derselben, sich früher und heute zu der Tarifrage stellen. Besonders im Bergbau und in der Schmelzeindustrie wollen die Unternehmer auch heute noch nichts von einem Tarifabschluß wissen. In diesen Unternehmerkreisen herrscht noch der Standpunkt vom Herr-im-Hause-sitzen; sie wollen ihren Lohnslaven nicht das Recht

eindrücken, auch ein Wort über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzusprechen. Aber auch mit dieser Ansicht der Unternehmer wird in dem Moment gebrochen werden müssen, wo die Arbeiterorganisationen in den Betrieben stark vertreten sind. Der Referent gab dann noch eine Uebersicht, was ein Tarifverhältnis in unserm Verbanbe sich entwickelt haben. Darauf besprach er den Tarifablauf im Mayener Bezirk. Dem Vorstände der Mayener Steinarbeitervereinigung sei es im Jahre 1906 gelungen, einen Mindesttarif für die Bearbeitung von Basalt-Lava abzuschließen. Dieser Tarif habe ganz annehmbare Affordpositionen enthalten, aber er wurde nach einiger Zeit von den Unternehmern nicht mehr hochgehalten, weil die Organisation der Arbeiter nicht stark war. Damals habe schon Gauleiter Herrmann dem Vorstande der Vereinigung den Vorschlag gemacht, sich dem Steinarbeiterverbande anzuschließen, dann sei eine Gewähr vorhanden, daß der Tarif hochgehalten werden könne. Anfangs sei auch der Vorstand geneigt gewesen, den Uebertritt den Kollegen zu empfehlen, nach kurzer Zeit habe man sich aber anders besonnen und sich dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Bei den Verhandlungen im verfloffenen Jahre über den weiteren Ausbau des Tarifs habe es die Leitung des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes abgelehnt, uns zu der Aufstellung der neuen Forderungen zuzulassen. Hoffentlich werde es im kommenden Jahre damit anders, denn inzwischen sei die Mitgliederzahl unsres Verbandes gegen das Vorjahr, als die Verhandlungen stattfanden, erheblich gestiegen. Damit nun eine einheitliche Aufstellung der Forderungen ermöglicht werde, machte er den Kollegen den Vorschlag, in einem Schreiben bei der Leitung des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes sowie bei der katholischen Fachabteilung (Berliner Richtung) anzufragen, ob sie gewillt sind, mit uns gemeinschaftlich die Forderungen aufzustellen. Zum Schluß erfuhr er noch die anwesenden Kollegen, der Agitationskommission bei der Gewinnung von fernstehenden Kollegen behilflich zu sein. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Gauleiters noch ergänzt; von verschiedenen Kollegen wurde über den geringen Verdienst Klage geführt; bei Beschwerden deswegen bekomme man zu hören: „Was wollen Sie denn, ich bezahle ja nach Tarif.“ Es wurde dann laut Antrag beschlossen, daß Kollege Braum die Schreiben an die beiden andern Verbände richten solle. Auch im Punkt Berufsangelegenheiten setzte eine lebhafte Diskussion ein. Im Schlußworte erwähnte der Gauleiter die Kollegen, auch in Zukunft die Versammlungen so gut zu besuchen, und dankte den Kottenheimer Kollegen für ihr Erscheinen. Hoffentlich gelingt es bei der diesmaligen Lohnbewegung, ein günstigeres Resultat zu erzielen, als wie im Vorjahre; denn im Hinblick auf die teure Lebenshaltung tut eine Aufbesserung der Affordpreise und Stundenlöhne dringend not.

In Niedermendig fand eine Besprechung unter den Kollegen statt. Die Punkte, welche Kollege Herrmann gab, geben uns wertvolle Fingerzeige, wie wir in Zukunft arbeiten sollen.

**Kölsfeld.** Daß auf seiten der Unternehmer keine allzu große Tarifsteuern vorhanden ist, davon können ja die Kollegen allerorts ein Vieches singen. Kaum hat die winterliche Jahreszeit eingesetzt, werden auch allerseits Klagen der Kollegen laut über Umgehungen der tariflichen Abmachungen. Daß den Unternehmern das wilde Affordsystem besser behagen würde, ist hieraus ersichtlich. So soll nach dem Wortlaut des Tarifs ein leistungs-fähiger Steinmetz 45 Pfg. pro Stunde verdienen, ein Lohnsag, der ohnehin in gar keinem Verhältnis zur jetzigen Teuerung steht. Aber nirgends wird, wie die Klagen der Kollegen beweisen, derselbe eingehalten. Es ist eine herausfordernde Art von seiten der Unternehmer, den Kollegen zumuten, mit den Preisen für die Werkstücke zu warten bis zum Lohnstage. Es heißt ausdrücklich: „Die Preise für die einzelnen Stücke sind den Arbeitnehmern vor Inangriffnahme derselben auf einem Lohnzettel bekanntzugeben.“ Mit diesen Machinationen werden die Kollegen nur um den rechtmäßigen Lohn geprellt. Will ein Steinmetz bei Festsetzung der Preise für die Werkstücke, die der Vereinbarung unterliegen, mitreden, so wird er mit der faulen Redensart: „Wir können nicht mehr bezahlen!“ abgespeist. Kollegen des Untermain! Merkt euch diese Preistreibererei. Es kommt auch für uns wieder eine andre Zeit, dann können wir auch wieder ein andres Wortlein mit den Unternehmern reden. Schon seit dem 1. August ist der Tarif in Kraft und noch immer ist das Schiedsgericht nicht geregelt. Da tragen auch die Kollegen einen großen Teil Schuld mit. Wir müssen unsere ganzen Kräfte dahin zusammenschaffen, die Organisation zu stärken, um weiteren Uebergriffen vorzubeugen.

**Schreibersgrün (Trenen).** Unser Quartalsversammlung lag die Abrechnung vor. Einnahme war 709.99 Mk., Ausgabe 534.00 Mark. Die Abrechnung wurde anerkannt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Hengel und Seifert gewählt. Im letzten Punkt der Tagesordnung wurde auf die notwendige Solidarität unter den Kollegen verwiesen; persönliche Streitigkeiten seiten der Organisation unzulässig. Wo es ankam, seien keine wirtschaftlichen Karren dargelegt, deren Ausfüllung doch nur eine kleine Mühe mache. Eingehend wurde besprochen, wie der Versammlungsbesuch zu verbessern sei. Immer werde noch verkannt, daß die Versammlungen den einzelnen Kollegen schulen, ihm Verständnis beibringen, um seine Lage als Arbeiter zu begreifen und richtig mitzubringen zu können. Hoffentlich hat die Aussprache gezeitigt, daß nunmehr die künftigen Versammlungen besser besucht sind.

**Witten.** In nächster Zeit werden die Kollegen im „Arbeitsmarkt“ lesen, daß bei der Firma Lünenbürger u. Franzen in Witten sehr viel Arbeit vorhanden ist, was aber nicht der Tatsache entspricht. Sämtliche Kollegen der Firma haben wegen Mangel an Arbeit aufgehört. Allerdings, Deckplatten sind ja vorhanden. Da man aber hier die Deckplatten nicht unter 6 Mk. machen kann und nur 4.50 Mark bezahlt werden sollen, so bleibt die Arbeit liegen. Wir schaffen doch nicht bloß zum Vergnügen, sondern um etwas zu verdienen. Der Vauführer täte besser, die Löhne so anzusetzen, daß sich die Kollegen dabei noch anständig ernähren können. Hier im Ruhrgebiet müssen wir Lebensmittelpreise bezahlen, die so hoch sind wie in Berlin. Zureisende Kollegen möchten, bevor sie bei der Firma um Arbeit fragen, sich beim Kassierer erkundigen.

### Rundschau.

**Neubauten, an denen die Sandsteinindustrie interessiert sein dürfte, sind geplant:** Berlin: einige Schulhäuser; Glogau: Krematorium; Göttingen: Bahnhöfe; Greifswald: Krematorium; Gießen: Schlachthalle; Zehlendorf bei Berlin: Oberrealschule; Bonn: Sparkasse; Burgstädt: Zentralvolkshaus; Elbing: Schule; Halle (Saale): Jugendheim; Klaustal: Krankenhaus; Kreuznach: Kurhaus; Meß: Realschule; München: höhere Mädterschule; Nürnberg: Warenhaus der Firma Ries; Essen: evangelische Kirche, Karlsruhe: Gemeinshaus. — Inwieweit zu diesen geplanten Bauten Steinmetzarbeiten verwendet werden, können wir natürlich nicht beurteilen. Doch ist ohne weiteres anzunehmen, daß die Architekten mehr oder weniger den Naturstein zu Sockel-, Treppen- und Fassadenarbeiten verwenden werden.

**Mangel an Steinhauern** soll in der Oberpfalz zu verzeichnen sein. Da umfangreiche Bahn- und Uferkorrektionsarbeiten ausgeführt werden, haben sehr viele Steinhauer den Steinbrüchen Balet gesagt. Daraus geht hervor, wie niedrig in der oberpfälzischen Steinindustrie die Löhne sind.

Die Gewerbeinspektoren über Löhne und Verteuerung der Lebensmittel. In ihren Berichten erwähnen die preussischen Gewerbeinspektoren mehrfach auch die Folgen der Verteuerung. So heißt es aus dem Regierungsbezirk Königsberg: „Die Lohnhöhe ist im Allgemeinen die gleiche wie im Vorjahre geblieben und nur vereinzelt unwesentlich gestiegen. Die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien war angesichts der allgemeinen Verteuerung und der erhöhten Lebensansprüche fortgesetzt schwierig.“

Bereinigte Marmorwerke Tegernsee, Marzgrün und Ruhpolding A.-G. in Bad Aibling (Oberbayern). Am 7. November fand im Verwaltungsgebäude der Firma E. Schwenk in Ulm eine Generalversammlung statt. Dort wurde, wie wir den Münchner Neuesten Nachrichten entnehmen, die Schlussrechnung vorgelegt, die mit einem Verlust von 1.138.853 Mark abschließt.

Einige große Werke der Granitindustrie in Schweden haben sich verschmolzen. Es wird nun firmiert: Skandinaviska Granit Aktiebolaget in Gothenburg. Diese neue Gesellschaft hat etwa 2000 Arbeiter beschäftigt; sie ist nun die größte Firma in Schweden.

Ein Pfälzer. In Pöschky bei Magdeburg hat der Steinbruchbesitzer Dümmling zur Gründung einer Unterstützungskasse in Krankheitsfällen 5000 Mark gestiftet. Den Arbeitern wäre es schon angenehmer, wenn Herr Kommerzienrat Dümmling sich mit seinen Arbeitern über einen Tarifvertrag verständigen würde.

Zum Aufbau der Hartsteinwerke in Hirschfeld. Der Bezirksausschuss in Schleswig verhandelte am 3. November über die Verfügung der Wandbecker Polizeibehörde, betr. Verfügung der Erlaubnis zum Wiederaufbau der Hartsteinwerke in Hirschfeld. Es sind neue Pläne, wonach überhaupt eine Belästigung der Anwohner nicht mehr möglich ist.

Geistlicher Versammlungsprenger. Daß Geistliche mit Sprengkolonnen in sozialdemokratischen Versammlungen erscheinen, um diese auseinanderzutreiben, ist kein Geheimnis. Daß sie liegen massenhaft die Beweise vor, und ein neuer Beweis für das christliche Madauheldentum hat auch neuerdings der Pfarrer Arnold aus dem Untertal in Baden erbracht.

Der Fabrikinspektor kommt. Wenn es auch eine bekannte Tatsache ist, daß die preussischen Gewerbeinspektoren bei weitem nicht ausreichen, um eine im Interesse der Arbeiter und Arbeiterrinnen notwendige Aufsicht der einzelnen Betriebe vorzunehmen, und wenn auch weiter feststeht, daß in vielen Fällen die Gewerbeinspektoren vor der Besichtigung der Betriebe sich bei dem Unternehmer anmelden, so ist folgender Vorgang doch von besonderem Interesse:

Im Oktober hatte die Gewerbeinspektion in Guben dem Betrieb der Firma Körner (A.-G.), Fabrik für Bierdruckapparate in Croffen a. Oder einen Besuch abgestattet. Der Prokurist der Firma eilte sofort zu den einzelnen Meistern des Betriebs, um ihnen von dem seltenen Besuch Mitteilung zu machen. Am Neubaude des Betriebs wurden die Schleifmaschinen sofort außer Betrieb gesetzt und der Arbeiter mußte, nachdem er die Maschine fein säuberlich geputzt hatte, den Arbeitsraum verlassen. Es wurde so der Gewerbeinspektor getäuscht, indem der Ansehen erweckt wurde, als ob diese Maschine überhaupt nicht in Betrieb wäre.

auch das Kesselhaus. Im Gespräche mit dem Kesselwärter erzählte dieser, daß er außer dem Kesselheizen auch noch das Abbrennen des Metallgusses zu besorgen habe. Auf die Frage, ob er das Abbrennen des Metallgusses in einem besondern Raum vornehme, antwortete der Heizer wahrheitsgemäß, daß das Abbrennen im Kesselhause erfolge und daß er diese Arbeit schon 15 Jahre in diesem Räume verrichte. Nachmittags um 3 Uhr erhielt der Kesselwärter, der — nebenbei bemerkt — circa 30 Jahre bei der Firma Körner beschäftigt war, seine Entlassung. Der Betriebsleiter Bräuer gab dem Kesselwärter zu verstehen, daß er nicht nötig hatte, dem Gewerbeinspektor zu erzählen, wie lange er schon das Abbrennen besorge. Der Mann ist also entlassen worden, weil er dem Aufsichtsbeamten wahrheitsgemäße Auskunft gegeben hat. Wenn die Betriebsleitung schon den Aufsichtsbeamten täuscht, dann sollte sie nicht noch verlangen, daß Arbeiter den Aufsichtsbeamten belügen. Die Firma Körner, ganz besonders die Betriebsleitung in Croffen, legt sich für die nationalen Arbeitervereine ganz gewaltig ins Zeug. Für das Werk in Croffen ist vor einigen Jahren ein solcher nationaler Arbeiterverein gegründet worden. Jede Regierung der Arbeiter, sich zu organisieren, wie es ihnen beliebt, wird mit allen Mitteln unterdrückt.

Eine Firma, die 10 Prozent Dividende verteilt, könnte wirklich die gesetzlichen Schutzbestimmungen erfüllen. Die Arbeiter der Firma Körner müßten hieraus den Schluß ziehen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, denn nur dann wird es möglich sein, solche Uebergriffe mit der nötigen Entschiedenheit zurückzuweisen zu können.

Naturpark für Fossilienfelder. Auf Grund umfassender Forschungen, die die amerikanischen Gelehrten in letzter Zeit im Gebiet von Colorado eingeleitet haben, fordert jetzt Prof. William Steby vom Colorado College von der amerikanischen Regierung Naturpark für die gewaltigen Fossilienfelder in der Umgebung von Florissant. Die Forderung, die von fast allen Forschern Amerikas unterstützt wird, zielt in dem Verlangen, das ganze weitläufige Gebiet fossiler Ablagerungen zum Naturpark zu erklären, um damit auch späteren Geschlechtern diese Ueberreste prähistorischer Zeiten zu erhalten. Erst kürzlich hat der englische Prof. John Jayne Farnesworth im Auftrag des Britischen Museums die einzigartigen Fossilienablagerungen bei Florissant besucht. „Es ist unbedingt das größte Fossilienfeld der Welt“, äußert sich der britische Forscher. „Es ist veränderlich und zugleich traurig, daß die Bevölkerung von Colorado bisher wenig Verständnis dafür gezeigt hat, was dieses Zeugnis vergangener Welten bedeutet. Erst kürzlich hat das Britische Museum eine Reihe von Gelehrten ausgesandt, um dieses Wunderland zu studieren. Die Fossilien sind Millionen von Jahren alt, und man beobachtet darunter einzigartige Bildungen von höchstem wissenschaftlichen Interesse.“ Dem Auge des Laien fallen dabei wohl in erster Linie die riesigen versteinerten Baumstämme auf, die sich an einzelnen Stellen bis zu mehr als 3 Meter über den Erdboden erheben: Prof. Steby hat eine ganze Reihe solcher fossiler Stämme bemerkt, die einen Durchmesser von 8, 9, ja bisweilen 10 Meter zeigten. „Diese versteinerten Baumreste“, so führt der Gelehrte aus, „lassen erkennen, daß vor wenigstens einer Million von Jahren Bäume von ganz gewaltigem Umfang wuchsen, die sich mit den kalifornischen Riesenbäumen in jeder Beziehung messen können. Die Forderung ist sich darüber einig, daß diese mächtigen Fossilien der Tertiarzeit angehören und damit auf ein Alter von 1 bis 4 Millionen Jahren zurückgehen.“

**Quittung.**  
Eingegangene Gelder vom 6. bis mit 11. November 1911.  
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)  
Neuhaldensleben, B. 1.70. Stargard, B. 2.80. Schleißh. Vorchendorf, B. 3.—. München, B. 30.—. Schmalkalden, B. 55.50. K. 1.—. Steinen, B. 8.50, K. 5.40. Treuchtlingen, B. 117.22. E. 4.50, K. 1.90. Sprockhövel, B. 125.—. Offenbach a. M., B. 143.50. Fahr, B. 80.—. Ramenz, B. 136.—, K. 10.—. Grünsfeld, B. 300.—, E. 10.—, K. 10.—. Grimma, B. 49.40, E. 1.—, M. 3.60. Düsseldorf, B. 170.75, E. 15.—, K. 10.—, M. 12.—. Colmar, B. 90.—, E. 1.50. Köln II, B. 20.—. Ragnit, Ins. 1.80. Coswig, B. 1.90. Norden, B. 5.20. Rülfringen, B. 12.—. Greifswald, B. 3.—. Gähn, B. 2.40. Hedwigsburg, B. 2.—. Aaleben, B. 292.—, E. 5.—, K. 10.—. Demitz-Thumitz, B. 378.—. Frankfurt a. M., B. 300.—. Hall (Schw.), B. 32.70. Hannover, B. 168.15. Jena, B. 100.—. Löbejün, B. 227.—. Plauen, B. 131.50, E. 2.—, K. 10.—. Reichenhausen, B. 220.50, K. 3.—. Rüdgers, B. 100.—. Waldenburg, B. 20.58, E. 1.50, K. 0.80, Div. 6.37. Witten, B. 50.—. Strehlen, B. 800.—. Saalburg, B. 6.60, E. 6.50. Herischdorf, B. 21.—, E. 1.50, K. 4.50. Hohenberg, B. 119.38, E. 0.50, K. 2.40. Hardheim, B. 168.—. Göttingen, B. 21.—, K. 4.50. Eschershausen, B. 45.90, E. 8.—, K. 0.10. Leer, K. 0.80. Apolda, B. 1.85. Triefel, B. 2.70. Saargemünd, B. 6.—. Nienburg, 8.90. Jever, B. 4.80. Friedersdorf, 5.70. Blaubeurg, B. 195.78, E. 0.50, K. 9.10. Rauban, B. 106.68. Ködnitz, B. 692.—. Zell, B. 28.—, K. 10.—. Passerode, B. 115.—, E. 11.—, K. 19.—. Brudmühl, B. 193.25.

**Anzeigen**

**Berlin.**  
Mittwoch, den 29. November, abends 8 Uhr  
**Kombinierte Versammlung**  
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Kommission zur Auarbeitung eines Entwurfes betr. Dertliche Arbeitslosenunterstützung.  
2. Diskussion über den vorliegenden Entwurf.  
Kollegen aller Branchen, erheben ohne Ausnahme! Wirkt mit an dem Werke sozialer Pflicht und organisatorischer Notwendigkeit. **Kein Kollege darf fehlen!** — Auch in den vor der Versammlung stattfindenden Vordenen müssen sämtliche Kollegen vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

**Schürzen**  
Hauswäscherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jodetts, Leder- und Quastflin-Sofen in eigener Anfertigung empfindlich preiswert

**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

**Züchtige Marmorschleifer**  
für Hand und Maschine sofort gesucht.  
Braunschweiger Granit- und Marmor-Industrie  
Albert Jägeler, Braunschweig, Ritzbachtalweg 24.

Blid, B. 94.—, K. 10.—. Kommatzsch, B. 12.50, K. 0.50. Apolda, B. 2.40. Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV. zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

**Allgemeine Bekanntmachungen.**  
Würzburg. Für die durch Vollenbruch geschädigten Kollegen in Grünsfeld und Heidsfeld gingen an freiwilligen Beiträgen bis 10. November folgende Gelder ein: Hofmannsdorf a. M., 10.—. Nürnberg, 100.—. Wallbörn, 16.—. Kleinrinderfeld, 20.—. Roth a. S., 10.—. Frankfurt a. M., 50.—; Mainz, 20.—; Reg., 20.—; Offenbach, 12.—, durch Gauleiter Sarfert. Mittelsteine, 20.—. Einbeck, 40.—. Wünschelburg, 20.—. Ebersbach, 10.—. Dresden-Pirna, 100.—. Treuen, 20.—. Gamewalde, 10.—. Osnabrück, 10.—. Alt-Warthau I, 15.—. Leuthen (O.-Schl.), 5.—. Futter a. B., 5.—. Randern, 30.—. Wolfshagen a. S., 5.—. Strehlen i. Schlesl., 50.—. Crawinkel, 30.—. Kreuznach, 10.—. Kiefa, 10.—. Demitz-Thumitz, 32.—. Bügeln, 10.—. Alt-Warthau II, 10.—. Wenzig-Radwitz, 26.25. Alsteden, 10.—. Augsburg, 15.—. Brudmühl, 5.—. Lüneburg, 5.—. Halle, 5.—. Dörnberg-Weimar: Bruch Bühl, 51.80; Bruch Erlanlosh-Hute, 5.50; Bruch Brandkopf, 10.30. Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 500.—.  
Bereits quittiert: 500.80 Mk. = Summa: 1834.65 Mk.  
J. A. = M. Lohse, Rüdgersstraße 7.

Hob. Der Kollege Joh. Feldmeier, geb. in Irnbach (Verbands-Nr. 22174) wird ersucht, seinen Verbindlichkeiten dem Kollegen Horn gegenüber nachzukommen.

Die Ortsverwaltung.  
Rohurg. Der Steinmetz Otto Görcke aus Löbejün (Verbands-Nr. 11609) möge seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Rohurg gegenüber nachkommen.

Karl Bauer, Kalenderweg 31.  
Hamburg II. Ich bitte die Zahlstellen um Auskunft über den Aufenthalt des Steinmetzen Mich. Partig. Derselbe wird aufgefordert, den Verpflichtungen seiner fünfköpfigen Familie gegenüber nachzukommen.

Frau Partig, Hamburg, Silberstr. 196, II.  
Händersader. Ersuche den Kollegen Bernhard Köhner, zurzeit beschäftigt bei Schilling in Kirchheim, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Wilhelm Mühlradt, Vorsitzender.  
Grünsfeld. Die Reiseunterstützung wird nur auf dem Arbeitsplatz ausgezahlt.  
G. Schäffer, Kassierer.

Densheim. Der Steinhauer Fritz Nizer ist von der Zahlstelle ausgeschossen worden. — Dem Steinhauer Adam Bollrath ist keine neue Karte auszustellen, bis er seine Verpflichtungen hier erfüllt hat.

Friedberg (Dessert.-Schlesien). Die Adresse des Granitsteinmetzen Johann Rucada aus Gmünd (Nieder-Desterreich), der sich in Bayern aufhalten soll, wolle man an Frz. Wirkner einsenden.

**Adressen-Änderungen.**  
Frömmersbach. Kass.: Ernst Bantes, Frömmersbach (Post Lautenbach).  
Löbenberg. Vors.: Joseph Braun, Laubaner Straße 222.  
Rattenberg. Vors.: Baptist Schmag, Rattenberg. Kass.: Joseph Schedlbauer, Neumühle (Post Altransberg).  
Bremen. Kass.: Karl Weith, Herbststraße 13.

**Briefkasten.**  
D. Darfber konnten wir abjolut nichts erfahren. — W. Wird gelegentlich verwendet. — D. Mache doch sofort der Gewerbeinspektion in Darmstadt Mitteilung. Eine Anzeige bei der Steinmetz-Berufsgenossenschaft würde nicht den Wert haben. — C. Obau. Wir können nicht mit Sicherheit behaupten, ob das Gesteinsmuster aus der Hauzenberger Gegend ist. In genannter Gegend wird nur erstklassiges Material gewonnen, aber die gesandte Probe wiegt nur 13 Gramm, und da erlauben wir uns nicht, ein endgültiges Urteil abzugeben. — Waugen? Dein Schreiben trifft das Richtige. Wie in Demitz entschieden wurde, ist Dir bekannt. Viele Grüße! — E. Die Verantwortung trägt nur die Redaktion. Bei einem eventuellen Prozeß wird der Redakteur belangt; was in Deinem Briefe steht, ist hinfällig. — D. in Str. Der Zusendung sehen wir mit großem Vergnügen entgegen. Besten Gruß!

**Zur Beachtung!**  
Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

**Albert Baumann**  
Werkzeugfabrik und Härtewerk  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

**Dreher**  
auf Marmor oder Granit geübt, stellt ein  
August Conradus, Granitwerk, Eisenach.

**Gestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)  
In Bayreuth am 4. November der Kollege Johann Walther, 48 Jahre alt, an Ungentückerlose.  
In Dresden am 11. November der Kollege Rudolf Schad, 41 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Lübeck am 4. November der Kollege Karl Buer, 19 Jahre alt, an Herzschlag.  
In Strausberg bei Berlin der Kollege Alwin Knecht, 31 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!  
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Die Tarifvorlage für die Oberlausitz abgelehnt.

Die am 13. November in Demitz stattgefundene Versammlung war von 800 Kollegen besucht. Es handelte sich um eine Massenkundgebung im richtigen Sinne des Worts. Die Unternehmer hatten in der Vollversammlung am 7. November nun endgültig zur Tarifvorlage Stellung genommen. Die hiesige Steinarbeiterschaft war gespannt, wie sich die Unternehmer zu unsern Vorschlägen stellen würden. Nun, das Resultat ist uns ja am 9. November zugegangen. In der Versammlung referierte als Vorstandsvertreter Staudinger. Einleitend meinte er: Trotz der vorgegriffenen Jahreszeit herrsche in Saale Gewitterstille. — Und nun zeichnete St. in großen Umrissen ein Bild über den Stand der Lohnbewegung. Der § 14 der allgemeinen Bestimmungen lautet auf Beschluß der Herren Unternehmer:

Andere Lohnsätze, als wie in dem Tarif angegeben, werden nicht bezahlt. Auch fallen alle Entschädigungen irgendwelcher Art, Härtezulagen, Zuschläge für Schmiedehärte sowie Gratifikationen, Prozentzuschläge usw. weg.

Minutenlange Entrüstungsrufe über die Zumutung der Unternehmer wurden laut, als dieser Paragraph verlesen wurde. Der Referent erklärte im Auftrage der Verhandlungsleitung, angesichts einer solchen Zumutung auf die Annahme des Tarifs verzichtet zu müssen, möge kommen, was da wolle. (Stürmischer Beifall.) Die Kollegen fordern nur die Prozentzusage, welche bisher bezahlt wurden. Das Argument wegen der Konkurrenz sei hinfällig. Die Schiedsgerichtsbestimmungen seien ebenfalls umgeändert worden, natürlich zugunsten der Unternehmer. (Lebhafte: Hörst, Hörst!) Im Ramenzer Tarif sei die Klausel nun nicht mehr enthalten, daß das Verladen der Vereinbarung überlassen sei. (Bewegung.) Der Referent sagte: Alle Wünsche der Kollegen können nicht berücksichtigt werden, das spreche er offen aus, aber so ginge es nun doch nicht, daß die Herren Unternehmer nach ihrem Belieben die allgemeinen Bestimmungen gestalten. Zum Schlusse appelliert er in eindringlicher Weise, die Einigkeit zu wahren, wir sind zu Verhandlungen bereit; aber das wochenlange Hinausschieben hat der Verband nun herzlich satt. — Schließlich haben die Arbeiter auch noch ein bißchen Ehre, und die Organisation ist doch nicht dazu da, um den Tarif um jeden Preis abschließen zu müssen. Das Referat wurde wiederholt lebhaft applaudiert. — Die Debatte war recht reger. Schade, daß die Herren Unternehmer nicht anwesend waren. Ein Redner meinte: Daß die größeren Firmen noch ein Geschäft machen wollten wegen der Prozentangelegenheit. Wenn allerdings jetzt die Steinmehrer streiken wollten, dann würde sicherlich die Firma Kunath zu Weiskirchen, die Prozente unter keinen Umständen ausgeben. Der Gesellenrat der Firma aber niemand machen. (Großer Beifall.) Ein anderer Redner meinte: Ich lasse die Namen der Redner aus leicht verständlichen Gründen weg. Der Berichterstatter: Mit leeren Redensarten mache man keine Sozialpolitik. Den indifferenten Kollegen seien mit einem Schlage die Augen geöffnet worden, wie die wahre Arbeiterfreundlichkeit aussehe. Er sei erst seit kurzem Mitglied des Verbandes, aber alles sei daran zu sehen, um die bisherige Geschlossenheit auch fernerhin an den Tag zu legen. (Vielfache Zustimmung.) Wieder ein anderer Redner betonte: Die Arbeiterkommission hat trotz vieler Verdrießlichkeiten gut gearbeitet; erfreulich sei es, daß im Häslich-Ramenzer Bezirk über 300 neue Mitglieder gewonnen wurden. Das sei ein günstiges Omen für die Zukunft.

Von großer Wirkung war es, als ein alter Kollege meinte, wir stünden jetzt vor der Reichstagswahl, da wollen die Nationalen unter der Steinarbeiterschaft wieder Stimmenfang treiben. Wenn Ihre Redner kämen, müßte man fragen, ob es patriotisch sei, wenn die niedrigen Löhne der Arbeiter noch mehr reduziert werden sollen. Was würden denn die Beamten sagen, wenn man ihnen solche Zumutungen machen würde. — Ein Tarifkommissionsmitglied sagte: In den Sitzungen gab Herr Rhodig selbst zu, daß Verschlechterungen nicht beabsichtigt sind, und daß wegen der Prozente ein Entgegen-

kommen gezeigt werden solle. Die Unternehmer weisen dann immer auf die Striegauer Löhne hin. Nun gut. Die Demitzer Firmen wollen unsere Verhältnisse verschleiern und wenn in Striegau die Verhandlungen losgehen, dann verweisen jene Unternehmer wiederum auf die Demitzer Konkurrenz. Das sei ein Gaukelspiel, das man mit uns treibe. (Großer Beifall.) Das Schlusswort hielt in der an spannenden Momenten reichen Versammlung Kollege Beyer. Er faßte in einer recht temperamentvollen Rede das Ergebnis der ganzen Tarifbewegung zusammen. Die Arbeiterkommission wird nun sehen, welche Stellung die Unternehmer einnehmen würden. Er könne versichern, daß die Kommission alle Details für unsere zukünftigen Operationen wohl geprüft habe. — Er ließ dann über eine eingebrachte Resolution abstimmen, die besagte, daß die Tarifvorlage wegen des § 14 der allgemeinen Bestimmungen unannehmbar sei. Kollege Beyer fügte noch hinzu, wenn die Unternehmer wollten, so könnten sie innerhalb zweimal 24 Stunden eine Sitzung einberufen unter Hinzuziehung der Arbeiter. Doch müssen es die Herren Unternehmer mit sich abmachen, was sie zu tun gedenken. — Es wurde dann die Quartalsabrechnung vorgetragen, Monitas gab es nicht. Mit einem begeisterten Hoch auf den Steinarbeiterverband wurde dann die dankwürdige Versammlung geschlossen. J. D.

## Treu und Glauben!

Im Jahre 1909 wurden durch die sächsischen Unternehmer alle Tarife in der Sandsteinindustrie gekündigt. Der Grund hierzu sollte kurz folgender sein. Die Zersplitterung in unsern Tarifwesen gefiel den Unternehmern nicht mehr, sie glaubten an die Stelle des Alten etwas Neues, Besseres setzen zu müssen. Gegen diese Auffassung kann man wohl nichts haben, denn als ein Idealzustand ist es nicht zu betrachten, daß jeder Ort einen andern Tarif hat. An Stelle dieser verschiedenen Tarife sollte etwas Einheitliches, ein sogenanntes Landbestatist treten. Die Unternehmer hatten eine Vorlage ausgearbeitet und ließen uns diese im April 1910 durch unsern Zentralvorstand zugehen. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß, wenn eine derartige Vorlage einseitig ausgearbeitet ist, diese von der Gegenpartei mit einem gewissen Mißtrauen aufgenommen wird.

Die Unternehmer hatten wohl von vornherein nicht geglaubt, daß man in dieser Sache noch ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden habe. Schon in den ersten Sitzungen wurde ihnen durch die Arbeiterkommission bedeutet, daß man in dieser Sache am falschen Ende angegangen habe. Es dürfte der Kollegenchaft nicht neu sein, daß in Sachsen die ausgebaute Tarife für die Sandsteinindustrie bestehen. Die neue Vorlage fand daher bei den Kollegen keine gute Aufnahme und gleich in den ersten Sitzungen plähten die Meinungen derbe aufeinander. Hierzu trug vor allem mit bei, daß die Unternehmer wesentliche Änderungen an ihrer Vorlage nicht zulassen wollten.

Da die Vorlage in ihrer damaligen Form für die Kollegen unannehmbar war, traten dieselben in Dresden-Pirna u. Umg. in den Kampf, um dies unannehme Ding überhaupt zu beseitigen, was leider nicht gelang. Aber die Unternehmer wurden wirtschaftlich auch sehr gekümmert. Beim Friedensschluß wurde vereinbart, daß eine Kommission gemeinsam eine neue Vorlage auszuarbeiten habe, welches auch geschah. Die Arbeitnehmervertreter hatten bei diesen Verhandlungen einen schweren Stand, denn die Unternehmer wollten auch jetzt noch nicht allzu viel an ihrem geistigen Produkt ändern lassen. Um eine einigermaßen gerechte Arbeitsbewertung zu erzielen, waren verschiedene Eingriffe absolut notwendig, die Unternehmer sträubten sich fortwährend dagegen.

Wie recht die Arbeitnehmerkommissionsmitglieder hatten, haben alle späteren Berechnungen ergeben, denn auch in dieser verbesserten Vorlage waren die Interessen der Arbeitnehmer nicht genügend berücksichtigt. Bei den im Frühjahr dieses Jahres stattgefundenen Kommissionsverhandlungen ist es uns gelungen, einige Verbesserungen hineinzuwirken zu können und der Vorlage die größten Gichtzähne auszugleichen. Die Arbeiter waren nun der Meinung, daß sich mit dieser abgeänderten Vorlage etwas machen ließe, und glaubten, die größten Schwierigkeiten überwunden zu haben. In der Kommission war man der Ansicht, grundlegende Änderungen an Tarif und Kommentar nicht mehr vorzunehmen. Wir kamen nun zur schwierigsten Frage, Festsetzung der Ortszuschläge. Die Unternehmer schlugen uns vor, für Dresden, Pirna und Leipzig 15 Prozent zu bewilligen, alle übrigen Orte sollten nur die Einheitsätze erhalten. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt und als Mindestvorschlag folgendes verlangt: Dresden-Pirna u. Umg. 20 Prozent, Leipzig 15 Pro-

zent, Schöna und Posta 10 Prozent, alle andern Orte nach dem Einheitsstarif. Dies lehnten die Unternehmer ab, und es sah aus, als wenn alles geplatzt wäre. Da kam von den Unternehmern folgender Vorschlag: Ab 15. Mai erhalten alle Orte eine Teuerungszulage von 5 Prozent auf die jetzt bestehenden Tarife. Um die Ortszuschläge festsetzen zu können, wird eine vierwöchentliche Kontrollrechnung auf sämtlichen Werkplätzen Sachsens vorgenommen. Von Arbeitnehmerseite wurde moniert, daß die vierwöchentliche Berechnung kein genaues Bild ergeben kann, wie der Tarif wirke. Man einigte sich in der nächsten Sitzung, daß die Berechnungen sich auf acht Wochen erstrecken sollen.

Wir glaubten nun allerseits, einen Weg gefunden zu haben, der für beide Teile gangbar sei, und auch gleichzeitig alle Hindernisse beseitigt wären. Die Arbeitervertreter rebeten in ihren Versammlungen zu den Kollegen, daß die Sache nun so gut wie perfekt sei. Die Kommissionsmitglieder gaben sich die größte Mühe, den Kollegen klar zu machen, daß durch obige Abmachung, wenn konsequent gerechnet würde, eine Verschlechterung nicht eintreten könne. Schließlich stimmten die Kollegen unter dem Vorbehalt, daß noch einige kleine Angelegenheiten im Kommentar geändert würden, der Vorlage zu, natürlich in der Annahme, daß die ausgerechneten Prozente auch bezahlt würden. Ueber die Fragen, Schiedsgericht und Arbeitsordnung, glaubte man, nachdem in Obigem eine Einigung erfolgt war, schon hinwegzukommen.

Nachdem acht Wochen Berechnungen stattgefunden und der Durchschnit für die Ortsprozente zusammengestellt war, erklärten die Unternehmer, daß sie für Dresden und Pirna den Durchschnitt von 23 Prozent für viel zu hoch hielten und nicht zahlen könnten. Dasselbe trat auch für Schöna mit 10 Prozent und Posta mit 5 Prozent ein. Eine Ausnahme machten nur die besten Unternehmer in Leipzig. Diese hatten sich mit unsern Kollegen auf 15 Prozent geeinigt. Bei den andern in Frage kommenden Orten (soweit Resultate vorlagen) bewegte sich der Einheitsstarif auf der Höhe der alten Tarife, sie hatten demnach Prozente nicht zu fordern. In der am 2. November stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzung wurde uns von den Unternehmern folgender Beschluß mitgeteilt: Für Dresden, Pirna und Leipzig inklusive Gehirngeld 15 Prozent, alle andern Orte sollen Ortszuschläge nicht erhalten. Zur Begründung wurde angeführt, es seien auf zehn Werkplätzen Stichproben gemacht worden und hätte sich hierbei herausgestellt, daß einiges nicht richtig gerechnet worden sei. Hierzu ist zu bemerken, daß die Berechnungen von Gesellen und Polierern oder Unternehmern gemeinschaftlich vorgenommen wurden. Alles wurde durch Unterschrift beglaubigt. Trotzdem zweifeln die Unternehmer die Resultate an, stellen sich, respektive ihren Polierern, das Armutzeugnis aus, nicht richtig gerechnet zu haben.

Daß die Unternehmer der Kontrollrechnung des Herrn Wendler nicht allzu viel Wert beilegen, ging aus deren Verhalten in der Sitzung vom 2. November hervor, wo es nicht einer der anwesenden Herren wagte, sich für das Wendler'sche Resultat ins Zeug zu legen. Im Verlauf der ganzen Tarifverhandlungen haben die Unternehmer stets erklärt, es solle keinem Orte etwas genommen werden, jetzt geht ihre Tarifpolitik darauf hinaus, verschiedene Orte in ihren Löhnen zurückzuwerfen. Man kann auch hieraus wieder lernen, daß man auf die Redereien der Unternehmer nichts geben darf.

Wie unlogisch die Unternehmer sein können, sollte man nicht für möglich halten. Stets erklärten sie, der Tarif für Dresden-Pirna sei bedeutend höher als alle andern, ständig hörten wir die Erklärungen: Ihr sollt nichts einbüßen, und nun auf einmal die Bescherung. Da die Unternehmer zum Teil kaufmännisch gebildet sind, mußten sie eigentlich wissen, daß ein derartiges Verhalten gegen Treu und Glauben verstößt. Die Steinarbeiter von Dresden-Pirna glauben ganz sicher zu gehen, falls die Berechnung niedriger ausgefallen wäre, die Unternehmer hätte darauf bestanden hätten, nur das zu zahlen, was nach der Berechnung sich ergeben hätte.

Wenn man das Versprechen der Unternehmer wörtlich nehmen wollte, so würden mehr als 23 Proz. herauskommen, denn nach dem Einheitsstarif lassen die Dresdner Kollegen auf Postauer Stein (von 15 Prozent) fahren, und auf Kirchleithaer 5 Prozent. Die Behauptung, daß unsere Löhne zu hoch seien, wird hinfällig, denn laut Statistik betrug der Durchschnittslohn der Steinmehrer in Dresden-Pirna 1908 1218.77 Mk., 1909 1342.82 Mk. und 1910 1383.86 Mk. Sind das etwa hohe Löhne?

Durch Urabstimmung im Zahlstellenbereich Dresden-Pirna wurde das Anerbieten der Unternehmer mit vier Fünftel Stimmen Majorität abgelehnt und gleichzeitig beschlossen, die Tarifvorlage nur anzuerkennen, wenn für Dresden-Pirna-Cottbus 23 Prozent zusätzlich 1 Prozent Gehirngeld, für Posta und Schöna 10 Prozent zusätzlich 1 Prozent Gehirngeld gewährt werden und die Regelung bezüglich der Monumentarbeit und Begrenzung der glatten Schicht und Abdeckungen erfolgt im Sinne der Dresdner Versammlung.

## Heinrich von Kleist.

Zur hundertsten Wiederkehr seines Todestages.

Am 21. November 1811 sind hundert Jahre verflossen seit dem Tode, an dem sich der deutsche Dichter Heinrich von Kleist am Wannensee bei Berlin erschoss. Körperliche Krankheit, zermürbende Geistesarbeit, schwere Verbitterungen und Enttäuschungen haben den Rousseauscher Natursehnsucht erfahren und von den romantischen Stimmungen seiner Zeit erfüllten überreizten Dichter in den Tod getrieben. Sein frühzeitiges Ende hat eine der schönsten und besten Hoffnungen unserer deutschen Literatur mit einem Schlage zerstört.

Am 18. Oktober 1777 erblickte Heinrich von Kleist in Frankfurt a. D. das Licht der Welt. Gleich seinem Vater, einem preussischen Offizier, wurde der Sohn für das Soldatenhandwerk bestimmt. Kurz nach dem Tode des Vaters im Jahre 1788 kam der Elftägige nach Berlin und in das Berliner Kadettenhaus um schon im Dezember 1793 als Fünfschönjühriger dem Potsdamer Garderegiment als Junker zugeteilt zu werden. Er wurde 1795 zum Fähnrich und schließlich zum Leutnant befördert und nahm auch als tapferer Soldat an den Rheinfeldzügen teil.

Aber weder das Kriegshandwerk noch das Garnisonleben befriedigten den geistig außerordentlich Regsamem, der infolgedessen im Jahre 1798 den Dienst quittierte, um sich in seiner Vaterstadt dem Studium der Mathematik, Philosophie und Kameralwissenschaften zu widmen. Nach seiner Verlobung fühlte er zur Vorbereitung auf ein Staatsamt 1800 wieder nach Berlin über. Aber auch das Studium einer Brotwissenschaft brachte seinem reichen Geistesleben keine Befriedigung. Er war sich seiner Dichtermisssion bewußt geworden und wollte sich ganz seinem künstlerischen Schaffen widmen. In der Schweiz hoffte der rastlose die dazu erforderliche Ruhe zu finden. Da seine Braut auf seine Pläne, mit ihm in ländlicher Zurückgezogenheit ein einfaches Leben voll Schaffensfreude und künstlerischer Gestaltungskraft zu teilen, nicht einging, löste er das Verlobnis und widmete sich in Bern ganz seinen dichterischen Arbeiten.

Der erhoffte Erfolg blieb jedoch aus. Seine Zeit war noch nicht reif und fähig, das Dichtergenie zu erkennen und voll zu würdigen. 1802 kehrte er nach einer schweren Krankheit in sein Vaterland zurück, um nach mannigfachen Reisen durch Deutschland, die Schweiz, Italien und Frankreich im Jahre 1804 eine Beamtenstellung in Königsberg anzunehmen, die er aber, weil sie ihm ebensowenig wie die Offizierslaufbahn innere Befriedigung brachte, bald wieder aufgab. 1807 wurde er von den Franzosen als Gefangener nach Frankreich gebracht, von wo er erst 1808 wieder nach Deutschland zurückkehrte.

Drei Jahre später erfüllte sich sein Schicksal. Die unglückliche politische Lage seines Vaterlandes, die Erkenntnis der geistigen Dede der Offiziere und Beamtenlaufbahn, die dauernden Mißerfolge als dichterischer Schöpfer, die ihn daran zweifeln ließen, von seiner Zeit je erkannt und anerkannt zu werden, und die auf ihm lastende materielle Not steigerten die Schwermut, die in seinem ganzen Wesen lag, bis zur Verzweiflung. Und diese zwang ihn die Waffe in die Hand und setzte seinem reichen, fruchtbareren Geiste für immer ein Ziel.

Zugewiesen hat die Welt seine Größe erkannt. Heute feiert sie ihn als einen der bedeutendsten deutschen Dichter. Besonders wird er als Dramatiker unter die Ersten und Größten unsrer Völker gereiht und unbedenklich neben Schiller gestellt. Ein Schönheits- und Wahrheitsfischer von überschäumender Gestaltungskraft, der die realistische Formung seiner von echtem Leben erfüllten Gestalten mit höchster poetischer Schönheit zu erklären vermochte, so tritt uns der Dichter in seinen Dramen entgegen. Menschen von Fleisch und Blut stellt er auf die Bühne, nicht aber von hohlem Pathos geschwollene, schattenhafte Schemen. Die intimsten Seelenregungen weiß er aufzudecken und bloßzulegen. Und so atmet seine Dichtung frischpulsierendes Leben, von Wahrheit erfüllt und von Schönheit verklärt.

Schon im Erstlingsdrama des Dichters: Die Familie Schroffenstein, das 1801 geschrieben wurde und 1803 im Druck erschienen ist, offenbart sich prächtig seine dramatische Entwicklung- und Gestaltungskraft. Der grauenhafte Stoff und seine

Behandlung lassen aber auch die krankhafte Stimmung des Dichters erkennen. — In demselben Jahre schrieb er aber auch das 1811 erschienene prächtige Lustspiel Der zerbrochene Krug, das in der Führung der Handlung, in der Gestaltung der Personen und in der gelungenen, herzerfrischenden Komik zu seinen besten Schöpfungen gehört. — Das im Jahre 1808 erschienene nächste Werk Penthesilla gehört zu den gewaltigsten Tragödien, die je geschaffen worden sind. Der Stil des Dichters ist in dieser Schöpfung geradezu bis zum Riesenhafnen gesteigert. — Liebling ist das 1810 veröffentlichte romantische Mitternachtspiel Käthchen von Heilbronn, das von allen Werken Kleists am vollständigsten wurde. — Ungefähr zu derselben Zeit entstand die kraftvolle, markige Hermannschlacht, durch die er das deutsche Volk zum Selbstbewußtsein aufzureißen suchte. — Ein Jahr vor seinem Tode schrieb er das historische Schauspiel Der Prinz von Homburg, das den Dichter als Dramatiker in höchster Vollendung zeigt. Es ist, wie sein Biograph klar hervorhebt, eine Allegorie: im edelsten Stil, denn im Charakterbild des Prinzen von Homburg bildete Kleist offenbar sein eigenes Schicksal ab.

Als Erzähler hat sich Kleist hauptsächlich durch die Novelle Michael Kohlhäs ein geachteten Namen erworben, in der er den Kampf ums Recht eines Bauern der Reformationszeit fesseln schilbert. Das Werk ist den besten deutschen Novellen zuzuzählen. Trotzdem fand auch diese Schöpfung nicht die wohlverdiente Beachtung und Anerkennung der damaligen Zeit.

Aber was die Witwelt nicht vermochte: die Größe und Bedeutung des Dichters zu erfassen und zu würdigen, das hat die Nachwelt — leider zu spät! — an seinem Andenken gutzumachen versucht. Sie erkannte den genialen Geistesflug und sie begeisterte und erhebt sich an seinen Schöpfungen, der die Masse der Zeitgenossen des Dichters in stupidem Unverständnis teilnahmslos und ablehnend gegenüberstanden. Besonders aber ehrt das arbeitend: Volk in Heinrich von Kleist den genialen Bahnbrecher, Schöpfer und Kämpfer. Möchte es über dem Lote die Lebenden nicht vergeßen und möchte ihm das Schicksal des unglücklichen Dichters immer und immer eine heilsame Lehre sein. P. B.

Die Gefahren und Folgen der Futternot und der Teuerung für das Volk.

Mit Hilfe der Gesetzgebung haben es die bestehenden Klassen verstanden, nur ihre Interessen zu wahren und die Mittel für die Staatsausgaben aus der breiten Masse des Volkes herauszuholen...

Die Teuerung wurde zum Kostand, und weite Kreise des arbeitenden Volkes haben trotz emsigen und aufreibenden Fleißes buchstäblich mit einer Hungersnot zu kämpfen.

Der Futtermangel soll das verschuldet haben. Gewiß, die Ernte an Heu, Futtergetreide und Kartoffeln war schlecht. Aber soll deshalb ein ganzes Volk der bittersten Not preisgegeben werden?

Auch der Landwirt war es gelungen, gleich der Großindustrie ihre Produktion zu vervielfachen. Während aber die Industrieerzeugnisse infolge der Steigerung der Produktivität verbilligt wurden, stiegen die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse...

Seit dem 1. März 1906 lasten erheblich höhere Zölle auf dem Getreide. So wurden die Zölle für Roggen von 3.50 M auf 5 M...

Die Einfuhrzölle gestatten es den Großgrundbesitzern, die Preise für Getreide auf einer ihnen genehmen Höhe zu erhalten. Sie gestatten ihnen aber auch, das deutsche Getreide im Ausland billiger zu verkaufen...

Rein Wunder, daß die Junker mit dem Ertrage deutschen Bodens und deutscher Arbeit, mit den Nahrungsmitteln des Volkes Wucherertriebe treiben. Was tun es, daß die Teuerung überhand nimmt, daß Futternot, Fleischnot und Brotmangel über das eigene Land und das arbeitende Volk hereinbricht?

Nicht doch, ihr Herren! Das Volk von heute ist nicht mehr das von ehedem. Es kann sich sehr wohl eine Vorstellung von der unfinnigen und gänzlich unbegründeten Verschwendung und Genußsucht der bestehenden Klassen machen.

Das ist also die vielgepriesene Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die eine Ordnung der Dinge nicht herbeiführen kann, die den fürchtbaren Folgen der Futternot und des Nahrungsmittelmangels nicht gewachsen ist...

Das arbeitende Volk aber beginnt, immer mehr die Unordnung und Unfinnigkeit der bestehenden Zustände zu erkennen. Es erblickt in der zunehmenden Teuerung eine Begleitererscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung...

Das kann aber nun und nimmer erreicht werden, wenn die Arbeiterschaft sich betören läßt, und die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Unternehmer in Anspruch nimmt.

Von Zeit zu Zeit erscheinen in der kapitalistischen Presse Abhandlungen, die das hohe Lied der Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter in den lieblichsten Rattenfängertönen erschallen lassen.

Der Zweck dieser ganzen Stülübungen ist allerdings nur, die Arbeiterschaft für die „Wohlfahrtseinrichtungen“ der Unternehmer zu ködern und die eindringlichen Warnungen der Arbeiterpresse vor diesen Einrichtungen zu entkräften.

Dieses Thema gewinnt in neuerer Zeit besonders an Bedeutung. Durch das moderne Streben von Hygienikern und Baugenossenchaften wird das Interesse für den Arbeiterwohnungsbau wieder mehr in den Vordergrund gerückt...

Der Kapitalismus hat ein unbedingtes Interesse daran, sich in seinen industriellen Betrieben vor allem einen sekhasten und damit auch willfähigen Arbeiterstamm zu schaffen. Viele Unternehmer halten das einfach für eine betriebsstechnische Notwendigkeit.

Solche Wohnungen haben, hygienisch betrachtet, gegenüber den Arbeiterwohnhöhlen der Großstadt unbefreitbar große Vorteile. Um so verlockender ist es für den Arbeiter, ein solches Häuschen zu erwerben.

Wohlfahrt macht das Unternehmertum in der genannten „Arbeiterwohlfahrt“, wenn der Betrieb aus kommerziellen Gründen in wenig bewohnte Gegenden verlegt ist, was ja heutzutage sehr häufig der Fall ist.

Wir deuteten vorhin an, daß manche Unternehmer auch den Arbeitern die Möglichkeit bieten, das Häuschen eigentümlich zu erwerben. Da aber nun die meisten Arbeiter das hierzu benötigte Kapital nicht besitzen, wird der Unternehmer der Gläubiger des arbeitslosen Arbeitenden „Hausbesitzer“.

Der Münchner Nationalökonom Professor Einzheimer hat vollständig recht, wenn er dieses System der Arbeiterwohlfahrt von Unternehmern als einen „neuen Feudalismus“ kennzeichnet, der auf dem Gebiete der modernen Industrie, des Bergbaues, des Handels und des Transportwesens auftritt.

Aus diesen Gründen müssen aufrechte und aufgeklärte Arbeiter die „Wohlfahrtseinrichtungen“ der Unternehmer ablehnen und weniger aufgeklärte Arbeiter ganz eindringlich vor solchem Verkauf ihrer Menschenrechte warnen.

i. c. Das italienische Arbeitsamt veröffentlicht soeben in einem dicken Bande das Ergebnis einer Enquete über den Stand der katholischen Arbeiterorganisationen in Italien, die bereits vor drei Jahren begonnen worden ist.

Was diesen christlichen Glauben betrifft, so begnügt sich die gewerkschaftliche Organisation, die mit der starken Konkurrenz der freien Gewerkschaften zu rechnen hat, mit minimalen Forderungen.

In Ganzen bestehen heute in Italien 374 katholische Gewerkschaften mit rund 104000 Mitgliedern, von denen 67000 industrielle Arbeiter sind, während die übrigen der Landwirtschaft angehören.

Von allen italienischen Industrien zählt die Textilindustrie mit 33402 Mitgliedern katholischer Gewerkschaften die stärkste Organisation. Das erklärt sich zur Genüge aus dem starken Prozentsatz von Frauen, der im Textilgewerbe Beschäftigung findet.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die katholischen Verbände den Streik nur als äußerstes Mittel gelten lassen. Ueberhaupt ist ihre praktische Wirksamkeit nicht eben bedeutend.

Zur Beachtung.

Die Berechnungsbelege über ausgezahlte Krankenunterstützung sind in letzter Zeit recht mangelhaft ausgefüllt. Bei einem großen Teil ist das Datum nicht ausgefüllt, für welche Tage die Unterstützung gezahlt ist, auf andern hat der Empfänger nicht quittiert, auf mehreren fehlt die Mitgliedsnummer...

Bei Anträgen auf Rechtschutz, Maßregelungsunterstützung sowie andern Gesuchen sind bei der Begründung immer die Mitgliedsbücher mit einzufügen, wo dieses unterbleibt, werden die Anträge nicht berücksichtigt und bleiben so lange unerledigt liegen, bis die Bücher eingekandt werden.

Literarisches.

Handbuch des Arbeiter-Turnerbundes. Herausgegeben von Fritz Wölbung. Leipzig, Arbeiter-Turnerverlag. Preis 2.50 M. Die der Arbeiter-Turnerbund, so hat nun auch der Arbeiter-Turnerbund in einem sehr umfangreichen Handbuch über seine Bestrebungen berichtet.

Wahlzettel der bürgerlichen Parteien. Eine Sammlung und Wöberlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen. Zweite veränderte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & M. G. H., Berlin SW. 68. Preis gebunden 8 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. G. H., Berlin SW. 68. 781 Seiten. Gebunden 5 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 6. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Ein neuer Fall Armin? — Jean Baptiste v. Schweiger. Eine Entgegnung von H. Bebel. — Die braunschweigischen Landtagswahlen. Von Richard Wagner. — Die Landtagswahlen und das Großblondexperiment in Elsaß-Lothringen. Von Jean Martin (Mühlhausen i. Elsaß). — Das englische Parteiensystem und die Arbeiterpartei. Von J. Casse (London). (Schluß.) — Literarisches Rundschau: Max Bernorn, Die Erforschung des Lebens. Von E. Spitz. — Zeitschriftenchau. Von G. E. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.